

STICHWORT

BAYER

Die anderen Informationen
zu einem multinationalen
Chemiekonzern

Mit Beilage
BIG
Business
Crime

Agent Orange und die Folgen

Krieg ohne Ende

Weitere Themen:

BAYERs Krisen-Programm

BAYERs Ewigkeitschemikalie PCB

BAYER und die Bauernfrage

IN ERINNERUNG BLEIBEN

TESTAMENT UND VERMÄCHTNIS

Erbschaften und Vermächtnisse eröffnen weit in die Zukunft reichende Möglichkeiten und entfalten ihre Wirkung für kommende Generationen.

Wenn auch Ihnen eine Welt ohne Ausbeutung und Profitjagd am Herzen liegt, wenn Sie meinen, dass Willkür und Machtmissbrauch der großen Konzerne eingedämmt und beendet werden müssen, dann kommt für Sie vielleicht ein Vermächtnis oder ein Testament zur langfristigen Förderung unserer konzernkritischen Arbeit in Frage.

Fordern Sie unverbindlich und kostenfrei unseren leicht verständlichen Leitfaden zu allen Fragen des Nachlasses im Todesfall an.

JETZT INFORMATIONEN ANFORDERN!

Bitte deutlich schreiben

<input type="text"/>	<input type="text"/>
----------------------	----------------------

Name, Vorname

Alter

Strasse, Nummer

P.L.Z. Ort

E-Mail

Telefon

Telefax / Internet



Coordination gegen
BAYER-Gefahren (CBG)

Postfach 15 04 18
D-40081 Düsseldorf
Deutschland

info@CBGnetwork.org

www.CBGnetwork.org



Das Total-Herbizid scheint mittlerweile ein wenig zu total zu wirken. Siehe S. 12 ff.

Inhalt

- 6 „Si es BAYER, es bueno?“**
Die Peru-Vergangenheit des Konzerns
- 10 Unter dem Pflaster liegt BAYERS Giftmüll**
Die Politik weicht Autobahn-Brücke ein
- 12 Der Tag der Entscheidung**
BAYERS Krisen-Pläne
- 16 Der Fall „Roland Hartwig“**
BAYER-Jurist findet Anschlussverwendung
- 18 BAYERS Ewigkeitschemikalie**
Interview mit einem PCB-Geschädigten
- 22 BAYER und die Bauernfrage**
Agrardiesel und andere Kleinigkeiten

- 26 Krieg ohne Ende**
Peter Jaeggis Buch über Agent Orange

Rubriken

- 5 Editorial**
Impressum
- 7 Au weia, BAYER**
SWB vor 40 Jahren
Echo
- 30 CBG bei der Arbeit**
O-Ton
- 31 Promis gegen Profit**

URWÄLDER IN EUROPA SCHÜTZEN

Rasant werden die Urwälder Europas unwiederbringlich zerstört - auch für unser Holz und unser Papier.

ROBIN WOOD

Das machen wir

Mit deiner Spende hilfst du uns dabei
www.robinwood.de/spenden
oder rufe uns an 040 380892-0



Impressum



Stichwort BAYER -
Die anderen Informationen
zu einem multinationalen Chemiekonzern

42. Jahrgang
Postvertriebsstück G 10848
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940

Herausgeberin und Vertrieb:
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)
Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze
bei BAYER - weltweit.
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.
Email: info@CBGnetwork.org
Internet: www.CBGnetwork.org
facebook: Coordination BAYER-Gefahren

Wir bitten um Zusendung von Leser*innen-, Protest- und
Bestellbriefen.

Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Umwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Konzernkritik braucht Unterstützung. Stichwort BAYER braucht Abonent*innen. Nutzen Sie den Coupon der Abo-Anzeige in diesem Heft und abonnieren Sie. Oder - noch besser! - werden Sie (Förder-)Mitglied unseres Netzwerkes. Im Rahmen einer (Förder-)Mitgliedschaft erhalten Sie Stichwort BAYER automatisch ohne weitere Kosten. Je ein Exemplar von Stichwort BAYER wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. Leser*innen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmen, in Stichwort BAYER behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

Redaktion: V.i.S.d.P. Jan Pehrke (jp).
CvD: Axel Köhler-Schnura (aks), Max Meurer (mm).

Verlag: Eigenverlag

Vertrieb: CBG

Layout: Ulrich Volkenannt

Druck: Mediengruppe Neuer Weg GmbH

Bankverbindung: EthikBank
IBAN DE94 8309 4495 0003 1999 91
BIC GENODEF1ETK

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom Juli 2018
(1/1 S. sw 1.400,- Euro, zzgl. MWSt.)

Stichwort BAYER erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr jeweils
zum Anfang des Quartals.

Der Nachdruck von Artikeln aus Stichwort BAYER ist ausdrücklich erwünscht. Honorar nach Vereinbarung. Datei bitte unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Fotografien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in Stichwort BAYER ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

Auszeichnungen:

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen, zudem 1998 und 1990 den Preis von Business Crime Control. Darüber hinaus wurde Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura im Jahr 2000 mit dem „Preis für Zivilcourage“ und 2011 mit dem „Henry-Matthews-Preis“ geehrt.

Beirat:

Dr. Erika Abczynski / Kinderärztin / Dormagen,
Hiltrud Breyer / ehem. MdEP/Berlin,
Eva Bulling-Schröter / ehem. Mitglied des Bundestags / Berlin,
Prof. Dr. Wolfram Elsner / Ökonom / Bremen,
Dr. Rolf Gössner / Rechtsanwalt / Bremen,
Prof. Jürgen Junginger / Designer / Krefeld,
Prof. Rainer Roth / Sozialwissenschaftler / Frankfurt

Bei Umzug bitte neue Adresse mitteilen

Die Post teilt uns bei Umzug die neue Adresse nicht mit. Soll Stichwort BAYER Sie auch weiterhin erreichen, informieren Sie uns bitte über Ihre neue Anschrift.



Liebe Leserinnen und Leser,

alljährlich macht sich die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) im Januar auf, um in Berlin an den „Wir haben Agroindustrie satt“-Protesten teilzunehmen. Mit einer Trecker-Prozession an der Spitze geht die CBG dort immer gemeinsam mit Umweltinitiativen, LandwirtInnen und VerbraucherInnen-Verbänden für eine Agrar-Wende auf die Straße. Dieses Mal aber waren die Trecker schon vorher da; die Pläne zur Streichung der Subventionen für Agrar-Diesel hatten sie ins Rollen gebracht. Das warf die Bauernfrage von einer anderen Seite her auf und zwang das *Stichwort BAYER*, sich einmal grundsätzlich mit dem ganzen agro-industriellen Komplex und der Rolle, die BAYER darin spielt, zu befassen.

Den Winter über war in der Hauptstadt auch die Ausstellung „Übungen zur Verwandlung“ des Peruaners Sergio Zevallos zu sehen. Ein kleiner Passus über BAYER im Katalog der Schau gab der Redaktion den Anstoß dazu, anhand einer alten *SWB*-Sondernummer noch einmal dem Treiben des Leverkusener Multis in Peru nachzugehen. Im unmittelbaren Umfeld von Berlin stießen wir auf ein weiteres Thema. In der Villa Adlon nahe Potsdam fand nämlich ein Geheimgespräch von AfDlerInnen mit Rechtsextremen statt, bei dem auch BAYERS einstiger Chef-Jurist Roland Hartwig mit von der Partie war. Dann ging es Richtung Heimat, nach Leverkusen, befindet sich hier doch die Giftmüll-Deponie des Konzerns. Gerade erst

seit dem dem Jahr 2005 halbwegs ordentlich gesichert, entschloss sich die Politik, die Büchse der Pandora für den Bau einer Autobahn-Brücke wieder zu öffnen. Darauf machte die Coordination auf der Kundgebung zum unfeierlichen Anlass der Inbetriebnahme eines ersten Teilabschnitts aufmerksam – und das *SWB* einen Artikel. Im Folgenden starrten wir gebannt nach London, weil der Global Player den Finanzplatz Nr. 1 der Welt als passenden Ort zur Verkündung seiner Zukunftspläne erwählt hatte und eine Aufspaltung des Unternehmens in der Diskussion stand. Die kam zwar erst einmal nicht, aber was der Vorstand stattdessen so vorhat, stimmt auch nicht gerade hoffnungsfroh, wie unser Text zum „Tag der Entscheidung“ darlegt. Zurück aus der Zukunft reisten wir in die Vergangenheit nach Vietnam und widmeten uns dem Krieg im Allgemeinen und den Kriegswaffen wie Agent Orange im Besonderen. Mein Kollege Max Meurer las dazu das Buch „Krieg ohne Ende“ von Peter Jaeggi, das gerade in einer Neuauflage erschienen ist. Und dann beschäftigte er sich noch mit etwas, das keinen Ort und keine Zeit hat und überall und nirgends ist: mit der Ewigkeitschemikalie PCB. Obwohl bereits seit über 40 Jahren verboten, treibt sie immer noch ihr Unwesen, erfuhr Max im Gespräch mit dem Geschädigten Jürgen Jäger. Diesmal also kommen die *SWB*-LeserInnen so ziemlich weit rum, meint

Jan Pehrke

Kunst, Kapital & Kolonialismus

„Wenn es von BAYER ist ...“



Sergio Zevallos diskutiert mit der Kuratorin Paz Guevara und BesucherInnen der Ausstellung „Übungen zur Verwandlung“ über *Sociedad y Política*

„Si es BAYER, es bueno“ – „Wenn es von BAYER ist, ist es gut“ – mit diesem Werbespruch pries der Leverkusener Multi in Lateinamerika lange seine Produkte an. 1972 setzte César Germaná in der linken peruanischen Zeitschrift *Sociedad y Política* allerdings ein dickes Fragezeichen hinter den Slogan: „Si es BAYER, es bueno?“ Der peruanische Künstler Sergio Zevallos entdeckte diesen Text und andere Artikel des Periodikums wieder und machte sie zum Ausgangspunkt seiner Arbeiten, die das Berliner „Haus der Kulturen der Welt“ von Oktober 2023 bis zum Januar 2024 zeigte. Das Stichwort BAYER nimmt das zum Ausgangspunkt für einen Rückblick auf die unrühmliche Geschichte des Konzerns in Peru.

Von Peter Nowak (1) und Jan Pehrke

„Übungen zur Verwandlung“ hieß die Ausstellung von Sergio Zevallos, die bis Mitte Januar 2024 im Berliner „Haus der Kulturen der Welt“ zu sehen war. Für den peruanischen Künstler sind diese Exerzitien notwendig, um den Kolonialismus abzuschütteln, der dem Land seiner Ansicht nach noch tief in den Knochen steckt. Die Grundlage für diese Arbeit der Transformation bilden dabei Artikel des Magazins *Sociedad y Política*, das der 61-Jährige

daheim bei seinen Eltern fand. Sein Vater war nämlich Mitherausgeber des Periodikums, das der dekoloniale Denker Anibal Quijano gegründet hatte. Unter anderem hat Zevallos Schulkinder aus Lima alte *Sociedad*-Artikel vorlesen lassen und aus den Aufnahmen eine Klang-Installation geschaffen. Und in „Transmutationsskripte“ nahm er sich selbst einige Texte vor. Er befragte sie neu und versah sie mit Randbemerkungen und kleinen Zeichnungen.

Im Ausstellungskatalog, der wie eine Ausgabe von *Sociedad y Política* gestaltet ist, charakterisiert die Kuratorin Paz Guevara die Publikation folgendermaßen: „Die von 1972 bis 1983 erschienene Zeitschrift leistete einen Beitrag zur theoretischen Debatte über die neokolonialen Prozesse, die sich in den postkolonialen Nationen Lateinamerikas vollziehen.“ Ihrer Einschätzung nach leisteten die Hefte durch die Rückführung des staatlichen Rechts-



Blick in die Ausstellung

systems auf seine kolonialen Wurzeln und die Beschreibung der Muster des ungeordneten Handels einen wichtigen Beitrag zur Identifizierung kolonialer Strukturen im System des globalen Kapitalismus. „Beispielhaft stehen dafür Anibal Quijano Text ‚Imperialismus und Staatskapitalismus‘, der die strukturelle Abhängigkeit der postkolonialen Nationalstaaten von imperialistischen Mächten USA und Westeuropa analysiert, der Artikel ‚Si es BAYER ... es bueno?‘ (Wenn es BAYER ist ..., ist es dann gut‘), in dem sich César Germaná kritisch mit dem von der westdeutschen Firma realisierten Bau einer Fabrik in Peru befasst oder auch Rodrigo Montoyas Erkundung der Proletarisierung, Deindigenisierung und Marginalisierung des bäuerlichen Lebens und Arbeitens in den peruanischen Anden“, so Guevara.

Konkret handelte es sich bei dem BAYER-Betrieb um eine Anlage zur Herstellung von Dralon-Kunstfasern, deren Errichtung 1969 begann. Germaná kritisiert das Projekt als einen Schulterchluss der nationalen Bourgeoisie und des peruanischen Staates mit der Bourgeoisie des Imperialismus. Die Bestimmungen des Andenpakts, den Bolivien, Ecuador, Kolumbien und Peru geschlossen hatten, sahen für Auslandsinvestitionen nämlich eine Beteiligung einheimischen Kapitals oder des jeweiligen Landes selbst vor, weshalb die

damalige Regierung 30 Prozent der Anteile an BAYER INDUSTRIAL S.A. erwarb.

Perus neue Politik der Importsubstitution hatte den Leverkusener Multi zu dem Bau veranlasst. Der Staat wollte unabhängiger von Einfuhren werden und eigene Industrien aufbauen. Darum belegte er Importe mit hohen Zöllen, was es für die Konzerne unattraktiv machte, ihre Produkte nach Peru zu liefern. Also zogen sie vor Ort eigene Fertigungsstätten hoch. BAYER beschrieb das 1986 als eine Erfolgsgeschichte. „Seit Produktionsbeginn ging es bei BAYER INDUSTRIAL ständig aufwärts. In den Jahren 1974/75 wurde die Produktionsanlage erstmals erweitert. Eine zweite Erweiterung erfolgte im Jahr 1982. Heute produziert das Werk 27.000 Jahrestonnen und zählt 742 Mitarbeiter“, hieß es im *BAYER-Bericht 54/1986*.

Diese Bewertung konnten allerdings die Belegschaftsangehörigen der Dralon-Fabrik ebenso wenig teilen wie ihre KollegInnen, die in BAYERs peruanischen Pharma- und Pestizid-Werken arbeiteten, denn den ungeordneten Welthandel, den *Sociedad y Política* anprangerte, praktizierte der Global Player in Form von doppelten Standards. Sowohl beim Arbeitsrecht und Arbeitsschutz als auch bei den Löhnen legte der Global Player andere Maßstäbe an als in Deutschland oder anderen Industriestaaten. Und auch die Umwelt hatte in Peru (noch) mehr zu leiden. Das

Germaná kritisiert den Bau des Dralon-Werks in Lima als einen Schulterchluss der Bourgeoisie des Imperialismus mit der nationalen Bourgeoisie und dem peruanischen Staat

Au weia, BAYER

An vielen seiner Standorte unterhielt der Leverkusener Multi einst nicht nur Produktionsstätten, sondern auch eine soziale Infrastruktur mit Schwimmbädern, Kaufhäusern, Bibliotheken, Werkskindergärten, Werkswohnungen und Breitensport-Vereinen. Doch von dieser Strategie hat der Global Player sich schon lange abgewendet. Beim SC BAYER 05 Uerdingen, dem Angelsportverein BAYER Uerdingen und dem Reiterverein BAYER Uerdingen endet diese Ära nun bald auch offiziell. Ab dem 1. Januar 2025 dürfen die Clubs nicht mehr den Namen „BAYER“ tragen.

SWB vor 40 Jahren

„Im Februar erläuterte der scheidende BAYER-Vorstandsvorsitzende Prof. Dr. Grünwald bei der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn/BRD, wie er die Weichen für 1984 gestellt hat: Regionale Umstrukturierungen und größtmöglicher Einsatz von Biotechnologien soll das auch weiterhin geplante Wachsen der Gewinne sicherstellen (...) Einsatz von Biotechnologien – das bedeutet, dass vor allem mit der Gentechnik operiert wird. Damit wird die Tür aufgestoßen zu Gefahren, deren Risiken in ganzen Potenzen größer sind als die bisher von BAYER ausgehenden Umwelt-Risiken.“

Echo

„Stichwort BAYER macht immer wieder deutlich, dass gar nichts gut wird, solange Profit-Interessen eines Konzerns im Mittelpunkt stehen. Daher ist sehr zu wünschen, dass Stichwort BAYER noch viele aufklärerische Beiträge aus aller Welt publizieren kann.“

Die Zeitschrift SoZ zum 40-jährigen Jubiläum des Stichwort BAYER.



in der Agrochemie-Produktion beschäftigte Personal etwa klagte immer wieder über Gesundheitsstörungen, wie das SWB 2/91 dokumentierte. „Die Mehrzahl von uns ist chronisch vergiftet. Von den 200, die wir früher waren, sind 20 von sich aus gegangen. Es ging ihnen schon nicht mehr gut. Private Ärzte sagten ihnen: ‚Wenn Du diese Arbeit weitermachst, wird deine Gesundheit ruiniert‘, vertraute ein Arbeiter einer Umweltschutz-Organisation an. Und bei der Leitung stießen die Betroffenen auf taube Ohren: „Sie sagen dir: ‚Geh zur Krankenversicherung, da werden sie dich behandeln.‘“ Sogar zu Todesfällen kam es. Die beiden Experten Jürgen Bujak und Wolfgang Hien, die detaillierte Berichte über die Situation in den betreffenden BAYER-Fabriken erhielten, wunderte das nicht. Weder verfügten die Werke über eine geeignete Entlüftungsanlage noch händigte die Direktion den ArbeiterInnen die richtigen, mit Kombinationsfiltern ausgestatteten Gesichtsmasken aus, hielten

Im Jahr 1988 lud die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) den Gewerkschaftler Jesús Cabana Vargas ein, das Thema „Peru“ auf die Tagesordnung der Hauptversammlung zu setzen

sie in ihrem Report „Produktion von Pestiziden bei BAYER-Peru“ fest. Zudem verstieß der Konzern gegen tarifvertragliche Regelungen, die bestimmte Sozialleistungen und Inflationsausgleichszahlungen in Höhe von 65 Prozent festlegten. Darum streikte die Belegschaft immer wieder. BAYER reagierte mit Aussperrungen und Entlassungen von GewerkschaftlerInnen. Und als neun von ihnen dann vor Gericht zogen und erfolgreich auf Wiedereinstellung klagten, weigerte sich das Unternehmen auch noch, die Urteile umzusetzen. Erst nachdem ein Haftbefehl gegen drei Geschäftsführer ergangen war, gab es klein bei. Im Jahr 1988 lud die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) den Gewerkschaftler Jesús Cabana Vargas ein, das Thema „Peru“ auf die Tagesordnung der Hauptversammlung zu setzen. In seiner Rede bestimmte er zunächst die Rolle, die der Andenstaat in der Weltwirtschaft einnimmt. „Meine Heimat Peru ist eine Gesellschaft, die abhängig ist. Sie ist

dabei, sich zu entwickeln und kämpft um ihre politische und ökonomische Souveränität. Die Wirtschaft meines Landes ist vom Dollar abhängig“, führte er aus. Dann schilderte Vargas die Situation vor Ort in Lima: „Nun zu dem im Geschäftsbericht erwähnten Streik.“ Im Folgenden erläuterte er, wie es zu den Ausständen kam. Dabei kritisierte der Gewerkschafter den Global Player scharf: „Ich möchte zum Ausdruck bringen, dass BAYER in Peru stets ein aggressives Verhalten an den Tag legte. Die berechtigten Forderungen der Arbeiter nach besseren Löhnen und das sichtbar legitime Verlangen der Arbeiter nach allgemeinem Wohlergehen werden negiert. Bis zum heutigen Tage. Deshalb ist es nur logisch, dass die Arbeitskonflikte in Peru andauern.“ Das alles sah der damalige Vorstandsvorsitzende Hermann Josef Strenger naturgemäß anders. Von unlauteren Mitteln wollte er nichts wissen. Die Aussperrung beispielsweise sei „keine Aussperrung in ihrem Sinne gewesen“, behauptete er und konstatierte: „Wir halten uns an Recht und Gesetz in Peru.“ Der BAYER-Chef sprach von großen ökonomischen und finanziellen Problemen im Land, von denen das Unternehmen sich aber nicht abschrecken ließe: „Trotzdem werden wir in Peru

Ausgabe 2 | 2024



AM RECHTEN RAND

Rechtsextreme auf den Straßen, im Rat, in der Verwaltung: Wie kann sich Kommunalpolitik den Feinden der Demokratie entgegenstellen? Das aktuelle AKP-Heft berichtet über Handlungsstrategien, juristische Mittel, Netzwerke und Hilfestrukturen.

Mehr Infos



www.akp-redaktion.de

Weitere Themen

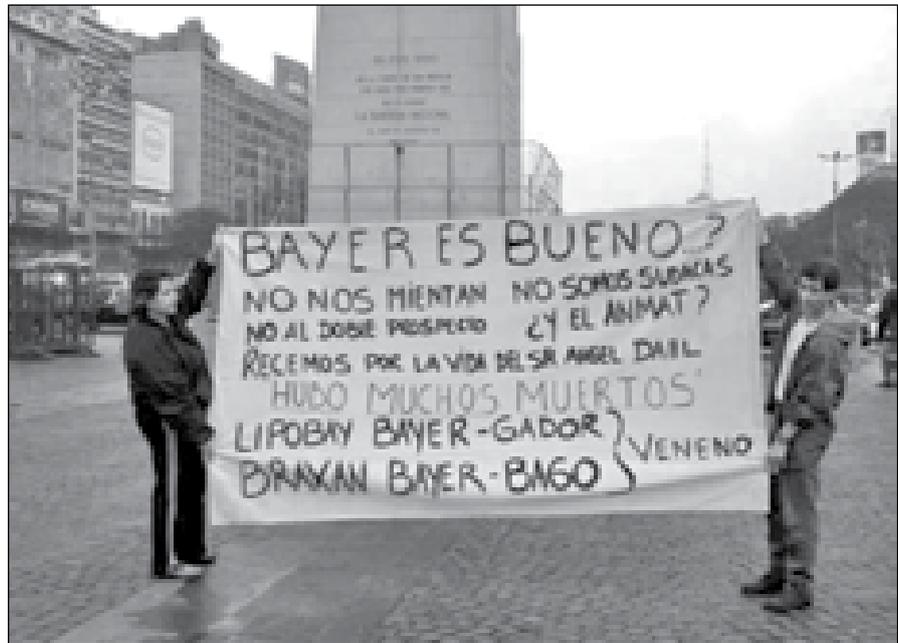
- Bezahlkarte für Asylsuchende
- Sozial geförderter Wohnraum: Der Offenbacher Weg
- Personalmangel: Helfende Hände in Kieler Kitas
- Raumbedarfsprognosen für Berufsschulen im Kreis Coesfeld
- Landwirtschaftskonzept Leipzig

- Einzelpreis: 13 Euro plus Versandkosten 1,70 Euro
- Abopreis (6 Ausgaben): 66 Euro

Alternative Kommunalpolitik (AKP) e.V.
 Luisenstr. 40 | 33602 Bielefeld | akp@akp-redaktion.de

weitermachen.“ Diese Aussage hatte jedoch keinen Bestand. Im Jahr 1992 kündigte der Konzern seinen Rückzug an. Die ökonomischen Rahmenbedingungen hatten sich nämlich geändert. Der 1990 neu ins Amt gewählte Präsident Alberto Fujimori gab im Zuge der Globalisierung die Abschottungspolitik der Importsubstitution auf. Er senkte die Einfuhrzölle und setzte die heimische Wirtschaft wieder ungeschützt den Weltmärkten aus. BAYER sah dadurch keine Geschäftsgrundlage für eigene Werke in dem Staat mehr. Der Multi kehrte zum Status quo ante zurück und lieferte von außerhalb. Das *Stichwort BAYER* widmete den ganzen damaligen Vorgängen das Sonderheft „Repression, Gift & knurrende Mägen“, das „die skrupellose Geschäftspolitik des BAYER-Konzerns in Peru“ dokumentierte.

Und die Überschrift ‚Si es BAYER ... es bueno?‘, die César Germaná für seinen Artikel in *Sociedad y Política* wählte, fand bei KonzernkritikerInnen in Lateinamerika und anderswo noch oft Anwendung, wenn es darum ging, die skrupellose Profit-Jagd des Multis zu geißeln. Marta Morales veröffentlichte zum Beispiel 2016 auf der Webseite der Internationalen Arbeiterliga, Vierte Internationale (LI-CI) unter diesem Titel einen Artikel (2). Sie widmete



Ein dickes Fragezeichen hinter BAYERs Werbespruch „Wenn es von BAYER ist, ist es gut“

sich da der gigantischen wirtschaftlichen Operation, die der Kauf von MONSANTO durch BAYER bedeutet. Kein Duell der Titanen, sondern eine Fusion von Pestiziden und Saatgutproduktion, alles unter der Kontrolle des vergrößerten Konzerns. Mit einem Weltmarkt, der für gentechnische Versuche in planetarischem Ausmaß

ausgebildet ist, so lautete die Kritik. Und Germaná und sie fanden noch unzählige NachahmerInnen, die BAYERs Werbe-Slogan ein dickes Fragezeichen hintanstellten. ←

ANMERKUNGEN

(1) <https://peter-nowak-journalist.de>

(2) <https://litci.org/es/si-es-BAYER-es-bueno/>

Halten Sie Menschenrechte und Umweltschutz für Standortnachteile, die beseitigt werden müssen? Dann werden Sie in Ossietzky keine Bestätigung finden.

Der Kapitalismus hat keinen Respekt vor Grenzpfählen, Landesfarben und nationalen Ideologien. Vor letztern am wenigsten, denn er bezahlt ja meistens ihre Erfinder.

Carl von Ossietzky in
Die Weltbühne,
17. Februar 1931

alle zwei Wochen neu

Ossietzky
Zweiwochenschrift
für Politik / Kultur / Wirtschaft

Halten Sie globale Verantwortung für einen militärischen Auftrag, den die Bundeswehr zu erfüllen hat? Dann wird Ihnen Ossietzky nicht zusagen.

Diese geistige Militarisation, der fast alle Parteien hemmungslos unterliegen, ist unsittlich, verabscheuenswert und infam. Sie wird ihre blutigen Früchte tragen – und auch das nächste Mal wird niemand, niemand schuld sein.

Kurt Tucholsky 1927

Ossietzky Verlag GmbH
Siedendolsleben 3
29413 Dähre
Telefon: 039031.950 596

Glauben Sie daran, dass Löhne gesenkt und Arbeitszeiten verlängert werden müssen, damit die Unternehmer viele neue Arbeitsplätze schaffen? Wenn Sie diesen Glauben nicht verlieren wollen, dürfen Sie keinesfalls Ossietzky lesen.

Wenn schon gespart werden soll, dann möge man bei Militär und Marine anfangen, anstatt deren weitere Hypertrophie auf Kosten des Sozialerats zu dulden.

Carl von Ossietzky in
Die Weltbühne,
17. Dezember 1929

www.ossietzky.net

Neue Rheinbrücke ruht auf BAYERs Giftmüll

Auf unsicherem Grund



Die Protestkundgebung zur Eröffnung eines Teilstücks der neuen Autobahn-Brücke in Leverkusen

Ein großes Medien-Echo begleitete Anfang Februar 2024 die Eröffnung des ersten Teilstücks der neuen Leverkusener Rheinbrücke. Endlich wieder freie Fahrt für freie BürgerInnen, so der Tenor der Jubel-Arien – Klima- und Lärmschutz war gestern. Dass für den Bau BAYERs Giftmüll-Deponie Dhünnau wieder geöffnet werden musste, interessierte auch nicht weiter.

Von Jan Pehrke

„Das ist heute ein toller Tag nicht nur für den Bund, sondern ein großartiger Tag für das Rheinland“, erklärte Oliver Luksic vom Bundesverkehrsministerium am 4. Februar 2024 bei der Freigabe des ersten Teilstücks der neuen Leverkusener Autobahn-Brücke. Zunächst wollte Bundesverkehrsminister Volker Wissing FDP die Einweihung sogar zur Chef-Sache machen, er sagte aber kurzfristig ab. So war es an NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU), das zur Feier des Tages in Deutschland-Farben gehaltene Flatter-

band durchzuschneiden und das Bauwerk damit offiziell dem Verkehr zu übergeben. „Die Fertigstellung des ersten Teils der Rheinbrücke ist ein wichtiger Meilenstein für eine funktionierende und belastbare Verkehrsinfrastruktur im Rheinland“, hielt er fest. Der nordrhein-westfälische Verkehrsminister Oliver Krischer von Bündnis 90/Die Grünen, der jüngst eine „Sanierungsoffensive“ gestartet hat, lobte derweil den reibungslosen Entstehungsprozess: „Die Planungen waren zügig abgeschlossen. Auch die juristischen Fragen

waren schnell erledigt.“ Und seine Parteifreundinnen aus Leverkusen störte einzig der aus „Sicherheitsgründen“ erfolgte Ausschluss der Öffentlichkeit beim Festakt. „Die Leverkusener Bevölkerung hätte es verdient, einen Tag vorher die Brücke zu Fuß zu besichtigen“, meinten sie. Der ADAC zeigte sich selbstredend ebenfalls zufrieden und sprach von einem „Lichtblick im NRW-Brückendesaster“. Die Medien stimmten in den Jubel-Chor ein. „Historischer Moment in Leverkusen“, befand *rheinische anzeigenblätter*.

de. „Das lange Warten hat ein Ende“, schrieb die *Rheinische Post*, während der *Express* titelte „A1: Rheinbrücke bei Leverkusen endlich wieder freigegeben“ und der *WDR* „[g]ute Nachrichten für stau-geplagte Autofahrer“ vermeldete.

Für kleine Misstöne sorgte einzig ein Kommentar im *Kölnner Stadtanzeiger*. Der Autor kritisierte den Umgang der Verantwortlichen mit der Protestkundgebung. „Dadurch, dass sie nur an der Rheinallee stattfinden durfte, wurde sie aus dem Bild gedrängt“, monierte er. „Die 150 friedlichen Leute hätten zwar auf der breiten Autobahn fast schon verloren gewirkt, aber sie repräsentieren dennoch eine große Gruppe an Menschen, die mehr Klimaschutz fordern, den der Verkehrsminister Volker Wissing besonders nachlässig angeht. Die sich um die gesundheitlichen Folgen von Lärm und Luftverschmutzung durch Auto- und LKW-Verkehr sorgen und denen zusätzliche große Asphaltflächen und zig Meter hohe Lärmschutzwände und kommende Enteignungen von Grundstücken mitten in einer Stadt nicht egal sind“, so der Journalist.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) hatte dieser Liste an dem Sonntag noch einen weiteren Punkt hinzugefügt. „Wir von der Coordination haben uns gegen den Bau von neuer Brücke und Autobahn gewendet, weil für die Arbeiten Hand an BAYERs Dhünnau- Giftmülldeponie gelegt wurde, in der – mehr oder weniger friedlich – rund eine Million Tonnen gefährlicher Stoffe ruhten“, sagte der Autor des vorliegenden Artikels in seiner Rede. Seiner Ansicht nach wurde damit die Büchse der Pandora geöffnet, die erst seit 2005 wieder halbwegs zu war. Zehn Jahre hatten die betreffenden Sanierungsarbeiten in Anspruch genommen, und Beteiligte von damals warnten im Zuge der Planungen zu Brücke und Autobahn aufgrund ihrer Erfahrungen mit den Altlasten dann auch eindringlich: „Finger weg von der Deponie!“

Trotzdem machte sich Straßen.NRW daran, die Oberflächenabdichtung wieder einzureißen und an die Spundwände zu gehen. Für das Fundament von Brücke und Zubringer trug der Landesdienst 200.000 Kubikmeter Erde bis zu einer Tiefe von zwei Metern ab, davon rund 90.000 schwer belastet. Der Straßenbau-Trupp des Landes selbst sprach in diesem Zu-



Die supergroße Koalition gibt die A1-Brücke dem Verkehr frei

sammenhang von einem nur „beschränkt optimierten Eingriff“ und einem Risiko, das noch „vertretbar“ sei. Eine „optimale Gründung“ der A1 wäre es einem Mitarbeiter zufolge gewesen, nicht bei den zwei Metern haltzumachen, sondern an die Wurzel des Übels zu gehen und den ganzen Giftmüll herauszuholen.

Aber das wäre zu teuer gewesen. Deshalb blieb es bei der zwei Meter dicken Polsterschicht. Nach Ansicht des ehemaligen Abteilungsleiters des NRW-Umweltministeriums, Harald Friedrich, reicht das als Schutz allerdings nicht aus: „Keine Asphalt-Dichtung ist so dicht, dass sie den Kriterien, die ich für eine ordnungsgemäße Sicherung für eine Sondermüll-Deponie haben muss, entsprechen kann.“ Und der Ingenieur Helmut Hesse befürchtet sogenannte „Setzungsschäden“. Der Giftmüll lebt nämlich. Der organische Anteil des Mülls zersetzt sich, weshalb das Volumen abnimmt und mit Bodenabsenkungen zu rechnen ist, so dass die schöne neue Autobahn-Welt schon bald Risse bekommen könnte. Damit rechnet auch Straßen.NRW. „Eine gegebenenfalls erforderliche vorzeitige Instandsetzung des Oberbaus ist berücksichtigt“, hieß es in der schriftlichen Stellungnahme des Landesbetriebs zu einer Eingabe der CBG gegen das Projekt.

Wie gefährlich die ganzen Arbeiten waren, zeigte sich nicht zuletzt an den Sicherheitsvorkehrungen, die Straßen.NRW traf. Da sogar aus der eigentlich abgedichteten Deponie noch Gas austritt, installierte der Landesbetrieb mit viel Aufwand eine Absaugvorrichtung und stattete alle ArbeiterInnen mit Schutzanzügen aus. Der abgetragene Giftmüll kam in besonders

gesicherte Container, und die LKW, die ihn abtransportieren, mussten vor Verlassen des Geländes erst einmal eine Art Waschstraße passieren.

Wegen der im Zuge der Arbeiten avisierten Öffnung der Deponie hat die Coordination zusammen mit vielen anderen deshalb immer wieder „Tunnel statt Stelze“ gefordert – eine unterirdische Verkehrsführung statt einer, die quer durch die Dhünnau geht. Die Zahl der Eingaben von Initiativen und Einzelpersonen summierte sich am Ende auf rund 300. Mehrere Tage dauerte ihre Erörterung in Köln Anfang Juli 2016. Eine Leverkusener Initiative rief in der Sache sogar die Gerichte an. Aber ihr machte der damalige NRW-Verkehrsminister Michael Groschek (SPD) das Leben schwer. „Es darf zu keinen vermeidbaren Verzögerungen kommen“, meinte er im Hinblick auf den maroden Zustand der alten Brücke und warnte: „Wir können es uns nicht leisten, durch Klagewellen das Risiko einer Vollsperrung einzugehen.“ Also schuf der Sozialdemokrat in Tateinheit mit dem damaligen Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer ein „Lex Leverkusen“ und schränkte durch Änderung des Paragraphen 17 E des Fernstraßen-Gesetzes die Beschwerde-Möglichkeiten ein. Im Zuge dessen verkürzte sich der Instanzenweg. Die Klage landete bald schon beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig und scheiterte dort. Darauf bezog sich Oliver Krischers: „Auch die juristischen Fragen waren schnell erledigt.“

Eingedenk all dieser gescheiterten Bemühungen bezeichnete der CBG-Aktivist den Tag der ersten Freigabe eines Brückenabschnitts der A1 in seinem Kundgebungsbeitrag als einen traurigen Tag. „Ein trauriger Tag für das Klima, ein trauriger Tag für die Verkehrswende und ein trauriger Tag für die Umwelt“, konstatierte er. ◀

„Ein trauriger Tag für das Klima, ein trauriger Tag für die Verkehrswende und ein trauriger Tag für die Umwelt“

Arbeitsplatzvernichtung statt Aufspaltung

BAYERs Tag der Entscheidung



BAYER-Chef Bill Anderson (dritter von links) und seine Vorstandscrew beim Kapitalmarkt-Tag

Die Schadensersatz-Prozesse in Sachen „Glyphosat“ haben BAYER in eine tiefe Krise gestürzt. Darum wächst der Druck auf das Management, den Konzern zu zerschlagen. Auf der Bilanzpressekonferenz Anfang März lehnte der Vorstand dies aber – vorerst – ab. Er setzt stattdessen auf einen „erheblichen Personalabbau“ und schließt dabei auch betriebsbedingte Kündigungen nicht aus.

Von Jan Pehrke

Auf die neuen Geschäftszahlen von BAYER wartete bei der Bilanzpressekonferenz am 5. März kaum jemand. Der parallel dazu veröffentlichte Nachhaltigkeitsbericht interessierte schon in den Jahren zuvor niemanden groß. Und so standen dann der um 1,2 Prozent auf 47,6 Milliarden Euro gefallene Umsatz und der um 13,4 Prozent auf 11,7 Milliarden Euro gesunkene Gewinn vor Sondereinflüssen ebenso wenig im Zentrum der Aufmerksamkeit wie die Kohlendioxid-Emissionen

von nicht weniger als drei Millionen Tonnen, der kaum zurückgegangene Energiebedarf und der nach wie vor hohe Anteil von fossilen Brennstoffen am Strom-Mix. Spannend war für die BeobachterInnen hingegen, wie der Vorstandsvorsitzende Bill Anderson sich am gleichzeitig anberaumten Kapitalmarkt-Tag zur Forderung vieler Finanzmarkt-AkteurInnen nach Zerschlagung des Konzerns verhalten würde. Vor allem die Trennung von der Sparte mit den nicht verschreibungspflichtigen Arz-

neien hatten einflussreiche InvestorInnen verlangt, und deren Leiter Heiko Schipper räumte kurz vor der Bilanzpressekonferenz auch schon mal seinen Posten. Gleichwohl erteilte der BAYER-Chef den mächtigen VermögensverwalterInnen vorerst eine Abfuhr. „Wir sind ein Life-Science-Unternehmen mit hoher Schlagkraft, das von einer großartigen Mission getragen wird, und wir haben drei starke Divisionen“, erklärte er. Dabei ließ sich die Aktien-Gesellschaft jedoch alle Op-

tionen offen: „Die Antwort auf die Frage nach der künftigen Struktur und einer möglichen Aufspaltung des Konzerns lautet „nicht jetzt“ – und damit sei nicht „nie-mals“ gemeint.“

Akuten Handlungsbedarf sah Anderson zunächst jedoch an anderer Stelle. Er machte vier Problemfelder aus: den Mangel an neuen Pharma-Blockbustern, den hohen Schuldenstand, die „hierarchische Bürokratie“ und die Glyphosat-Klagen. Hier anzusetzen und gleichzeitig die Trennung von „Consumer Health“ in die Wege zu leiten, ist ihm zufolge wegen des damit verbundenen Arbeitsaufwandes nicht möglich. Zudem würde ein Verkauf zwar Geld in die Kasse spülen, wäre aber auch „mit erheblichen Kosten und Steuer-Effekten verbunden“.

Also nimmt der Agro-Riese sich erst einmal die vier Baustellen vor und hat sich dafür auch den Segen seiner Groß-InvestorInnen geholt. Die Schuldenlast von aktuell rund 35 Milliarden Euro will er unter anderem mit einer Dividenden-Kürzung auf das gesetzlich vorgeschriebene Mindestmaß für die nächsten drei Jahre begrenzen.

Gegen die „hierarchische Bürokratie“ hat der BAYER-Chef dem Unternehmen indes ein neues Organisationsmodell namens „Dynamic Shared Ownership“ verordnet. Hinter so nebulösen Umschreibungen wie „Bürokratie beseitigen“, „Strukturen verschlanken“ und „Entscheidungsprozesse beschleunigen“ verbirgt sich allerdings ein knallhartes Arbeitsplatzvernichtungsprogramm. Den genauen Umfang nennt der Global Player zwar nicht, er spricht aber von einem „erheblichen Personalabbau“ und schließt nicht einmal betriebsbedingte Kündigungen aus.

Das Einspar-Potenzial beziffert er auf zwei Milliarden Euro pro Jahr ab 2026. Dabei nimmt der Konzern vor allem die Management-Bereiche ins Visier. „Trotz zahlreicher Umstrukturierungen ist die Zahl der leitenden Angestellten gleichgeblieben“, hat Anderson nämlich zu seinem Leidwesen herausgefunden. Als reines Kostensenkungsprogramm möchte er die Maßnahmen jedoch nicht verstanden wissen: „Wir beginnen nicht mit einer Zahl. Wir stellen den Kunden und das Produkt in den Mittelpunkt. Dann schauen wir, welche Ressourcen dafür nötig sind. Alles andere muss weg.“ Und im Handelsblatt findet der Vorstandsvorsitzende drastische Worte für diejenigen, die nicht mitziehen wollen. „Es gibt Leute, bei denen sich alles um ihr Ego dreht oder die keine Lust auf

Veränderung haben. Sie können vielleicht in einer traditionellen Arbeitsumgebung effektiv sein, aber nicht in unserer. Wer für diese Veränderung nicht offen ist, wird es bei uns schwer haben.“ In den USA waren das im Pharma-Bereich 40 Prozent der ManagerInnen. Hierzulande reduzierte die Aktiengesellschaft die Leitungsebene in dem Segment von elf auf fünf Stellen. Es gibt jetzt mit Stefan Oelrich noch einen Vorstand, mit Sebastian Guth einen Chief Operating Officer sowie Verantwortliche für Global Commercialization (Christine Roth), Forschung & Entwicklung (Christian Rommel) und Product Supply (Holger Weintritt). Auch von der Innen-Revision bleibt nur noch die Hälfte übrig. Und die konzerninterne Beratungseinheit BAYER BUSINESS CONSULTING wickelte das Unternehmen mitsamt der rund 200 Jobs ganz ab.

Eine „attraktive Abfindung zu marktgerechten Konditionen“ bietet es den Beschäftigten an, um seine Schlankheitskur zu beschleunigen. Auch hier war BAYER schon einmal großzügiger. Frühere Diäten befeuerte der Multi mit Offerten, die deutlich über den marktüblichen Konditionen lagen. Besonders schnelle Abgänge plant er überdies mit „Sprinter-Prämien“ zu belohnen. Innerhalb der Belegschaft sorgt all dies für beträchtliche Unruhe. Die IG Bergbau, Chemie, Energie trägt den Kahl-schlag trotzdem „schweren Herzens“ mit. Sie erhofft sich so bessere Chancen für den Erhalt des Konzerns in seiner jetzigen Form mit den drei Sparten „Agrar“, „Pharma“ und „Consumer Health“. „Für uns hat oberste Priorität, die Zukunft der Beschäftigten bei BAYER zu sichern. Die größten Möglichkeiten dafür sehen wir in der ONE-BAYER-Struktur. Deshalb haben wir dem jetzt eingeschlagenen Weg zugestimmt und stehen dem neuen Organisationsmodell von BAYER offen gegenüber“, sagt Aufsichtsratsmitglied Francesco Grioli von der IG BCE.

Es gibt also kein gemeinsames Auflehnen gegen die Umstrukturierung. Deshalb kommt es sogar zu Entsolidarisierungstendenzen und Kämpfen um den eigenen Vorteil. „Weil viele Stellen in den nächsten Jahren wegfallen sollen, wollen viele Teams umso mehr glänzen“, berichtet die *Rheinische Post*. Wie ein reines Lippenbekenntnis wirkt da, was der Aufsichtsrats-

vorsitzende Norbert Winkeljohann dem Handelsblatt sagte: „Wir wollen keine Angst-Kultur.“

Der *FAZ* zufolge hat das, was Anderson bei BAYER vorexerziert, Modell-Charakter. „Sollte er Erfolg haben, dürfte dies Schule machen. Denn die Probleme sind in anderen Branchen ähnlich gelagert. Von MERCEDES etwa sind entsprechende Spekulationen zu vernehmen“. EVONIK kündigte bereits an, 1.500 Arbeitsplätze in der Verwaltung zu vernichten, die angeblich „viel zu kompliziert und komplex“ geworden sei. „Führungskräfte sollen bei uns keine besseren Sachbearbeiter sein, Führungskräfte sollen bei uns entscheiden“, so

der Vorstandsvorsitzende Christian Kullmann. Und auch BOSCH dampft die Hierarchie-Ebenen zusammen und streicht Stellen. Dem *Handelsblatt* zufolge setzen viele der aktuellen Rationalisierungsprogramme nicht im Produktionsbereich an. „Die aktuelle Kündigungswelle, sie trägt nicht immer Blau-mann, sondern häufiger als sonst auch Kostüm,

Laborkittel oder Hoodie“, resümiert die Zeitung.

Die Coordination gegen BAYER-Gefahren kritisierte die Streich-Orgie in einer Presseerklärung vehement. „Wie immer beim Leverkusener Multi sind es die Beschäftigten, die für Fehler des Vorstands büßen müssen. Sie zahlen jetzt die Zeche für die Unfähigkeit des Managements, mit den Glyphosat-Geschädigten eine gütliche und faire Einigung zu finden“, konstatierte die CBG.

Der Geschäftsbericht beziffert die Zahl der noch anhängigen Glyphosat-Klagen auf 54.000. Seit dem ersten Prozess sind bereits mehr als fünf Jahre vergangen, und eine Lösung für den Umgang mit den Betroffenen ist immer noch nicht in Sicht. Nach den ersten RichterInnen-Sprüchen mit millionen-schweren Strafen ließ der Konzern sich auf ein Mediationsverfahren ein, aus dem er allerdings wieder ausstieg. Anschließend versuchte er vergeblich, ein Urteil des Obersten Gerichtshofs der USA zu seinen Gunsten zu erwirken. Dann verstieg die Aktien-Gesellschaft sich auf Abschreckungspolitik. Sie brachte besonders erfolgsversprechende Verfahren vor Gericht und hoffte darauf, die alten KlägerInnen mit leichten Siegen zu kostengünstigen Vergleichen bewegen

Konkrete Zahlen nennt der Global Player zwar nicht, er spricht aber von einem „erheblichen Personalabbau“ und beziffert das Einspar-Potenzial auf zwei Milliarden Euro pro Jahr ab 2026



und potenziell neue von einer juristischen Auseinandersetzung abhalten zu können, was allerdings scheiterte.

Deshalb steht wiederum eine Veränderung an. Der Global Player annoncierte am 5. März „neue Ansätze inner- und außerhalb der Gerichtssäle“. Zu diesem Zweck berief er die Juristin Lori Schechter in den Aufsichtsrat, die in seinen Augen bereits für andere Branchen-Größen erfolgreich Schadensbegrenzung betrieben hat. Zudem übernahm Thomas Laubert den Posten des Leiters der Rechtsabteilung, der in einer seiner ersten Amtshandlungen andere Kanzleien für die Glyphosat-Prozesse verpflichtete.

„Aber es ist klar, dass eine Verteidigungsstrategie allein nicht ausreicht“, konstatierte Bill Anderson auf dem Kapitalmarkt-Tag. Darum kündigte er verstärkte Lobby-Anstrengungen an, bzw. „eine intensivere Zusammenarbeit mit anderen Akteuren im Bereich der Politik“. Konkret bemühen sich die LobbyistInnen im Moment darum, ein neues Gesetz zu lancieren. Weil viele Gerichte in den einzelnen Bundesstaaten den Agro-Riesen mit dem Argument zu Entschädigungszahlungen verurteilten, er habe auf den Glyphosat-Packungen unzureichend vor den Gefah-

ren gewarnt und damit gegen die Landesgesetze verstoßen, will der Konzern die Wirkmächtigkeit dieser Bestimmungen aushebeln. In dem von seinen JuristInnen formulierten „Agricultural Labeling Uniformity Act“ gilt vielmehr der Primat der Bundesgesetze und damit der staatlichen Umweltagentur EPA. Diese hält das Herbizid nämlich nicht für krebserregend und hat das Anbringen entsprechender Warnhinweise sogar verboten. Aber um die Akzeptanz des Vorstoßes ist es nicht zum Besten gestellt. „Viele Demokraten, darunter einflussreiche Senatoren, laufen (...) Sturm dagegen, was das Schicksal dieser Klausel ungewiss macht“, vermeldet die FAZ. Und laut *Financial Times* fremdeln nicht wenige RepublikanerInnen ebenfalls damit.

Darüber hinaus entschied sich der Leverkusener Multi noch, Druck aus dem InvestorInnen-Kessel zu nehmen, indem er aktivistische AktionärInnen einbindet.

So berief BAYER Jeffrey W. Ubben von der Investment-Gesellschaft „Inclusive Capital Partners“ in den Aufsichtsrat und verstärkte damit die US-Präsenz in dem Gremium weiter. Ubben hatte mit für das vorzeitige Ende von Anderson-Vorgänger Werner Baumann gesorgt und bereits im letzten Jahr Anspruch auf einen Sitz erhoben.

Den Finanzmärkten reichte all dies indes nicht. Der Kurs der BAYER-Aktie sank nach der Bilanzpressekonferenz. „Das ist noch nicht der große Wurf“, bekundete das Portal *sharedeals.de*. Und auch das *Manager Magazin* zeigte sich unzufrieden mit Bill Anderson: „Er versuchte einen Befreiungsschlag und trat einen Kursrutsch los. Für eine Wende an den Kapitalmärkten sind die Ziele viel

zu vage formuliert.“ Die Rating-Agenturen zeigten sich ebenfalls unzufrieden. So stufte FITCH die Kreditwürdigkeit BAYERS herab. Es ist also noch mit so einigem zu rechnen. ←

Wie immer beim Leverkusener Multi sind es die Beschäftigten, die für Fehler des Vorstands büßen müssen. Sie zahlen jetzt die Zeche für die Unfähigkeit des Managements, mit den Glyphosat-Geschädigten eine gütliche und faire Einigung zu finden



1924 – 2024

100 Jahre Rote Hilfe

100 Jahre Solidarität

Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. **Unsere Solidarität gegen ihre Repression!**

info@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de



Online Beitritt



DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. **Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.**

Schwerpunkt 1/2024:
Antifa-Prozesse

ethecon SolidarFonds

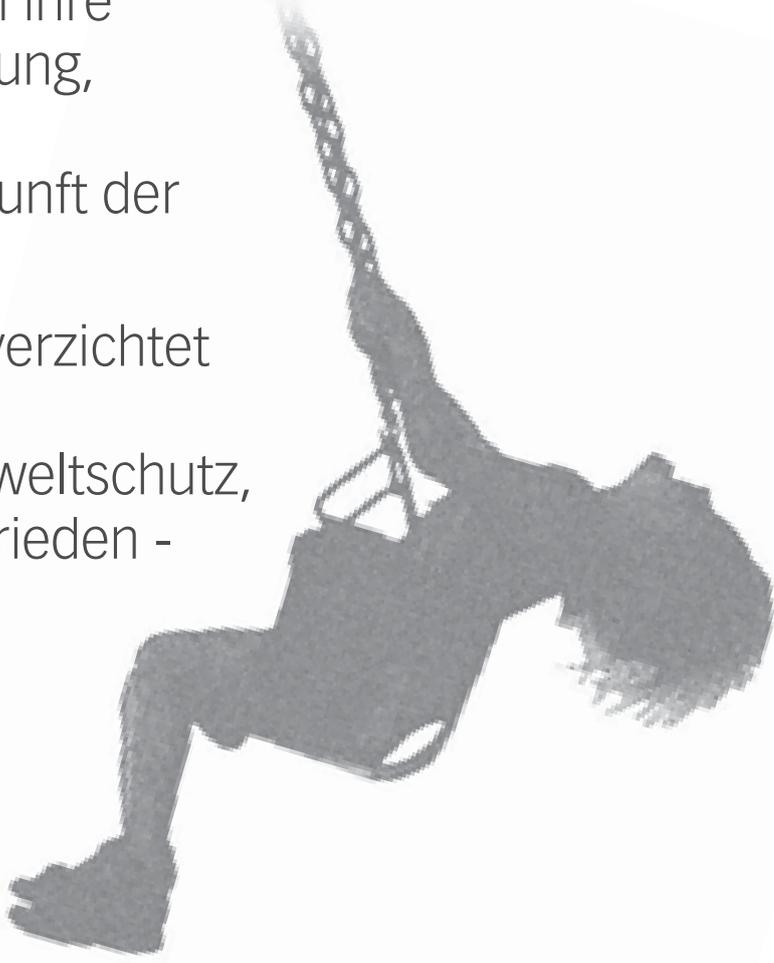
Die beste Zukunftsanlage
ist ein glückliches Leben
für die Kinder.

Übliche Geldanlagen ziehen ihre
Rendite aus Umweltzerstörung,
Ausbeutung und Krieg.
Ohne Rücksicht auf die Zukunft der
Kinder und Enkel.

Der ethecon SolidarFonds verzichtet
auf Rendite. Und finanziert
stattdessen Einsatz für Umweltschutz,
soziale Gerechtigkeit und Frieden -
sowie für Konzernkritik.

Es gilt
das Prinzip:
Leben statt Profit.

ethecon SolidarFonds
Postfach 15 04 35
40081 Düsseldorf

A silhouette of a person climbing a rope, positioned on the right side of the advertisement. The person is shown in profile, reaching up with one hand on the rope and the other on their hip. The rope is attached to a point above and extends downwards. The background is a light, circular glow.

Fordern Sie das
kostenlose Anlage-
Prospekt an!

Tel.: 0211 - 26 11 210 | Fax: 0211 - 26 11 220
info@ethecon.org | www.ethecon.org/esf

Der AfDler stand lange in BAYER-Diensten

Der Fall „Roland Hartwig“



Da hatte er noch einen Job: Der Ex-BAYER Roland Hartwig mit seiner ehemaligen Arbeitgeberin Alice Weidel

Der AfD-Politiker Roland Hartwig, der am 25. November 2023 an dem Geheimgespräch von Partei-Mitgliedern mit RechtsextremistInnen teilnahm, bekleidete jahrzehntelang hohe Posten beim BAYER-Konzern.

Von Jan Pehrke

Der AfDler Roland Hartwig, der Ende November letzten Jahres in der Potsdamer Villa Adlon mit dem österreichischen Rechtsextremen Martin Sellner und anderen Rechten über Deportationspläne diskutierte, nahm über viele Jahre hinweg Spitzen-Positionen beim BAYER-Konzern ein. Aus seiner Gesinnung machte Hartwig in Potsdam kein Geheimnis. So bescheinigte er Sellner bei der Zusammenkunft, sein Buch zum Thema „Remigration“ „gerade mit großer Freude“ gelesen zu haben.

Der Jurist, der über „Vorteilsgewährung und Bestechung als Wirtschaftsstraftaten“ promovierte, trat 1984 in die Rechtsabteilung des Leverkusener Multis ein. 1997 übernahm er dann die Leitung des Patent-Bereichs. Zwei Jahre später stieg Hartwig zum obersten Juristen des Global Players auf mit nach eigener Aussage „weltweiter Verantwortung für die Bereiche Recht, Patente/Lizenzen, Versicherungen, Compliance (ab 2004) und Datenschutz“. Überdies bekleidete er Aufsichtsratsposten bei verschiedenen

Tochter-Gesellschaften. 2016, drei Jahre nach seinem Eintritt in die damals gerade gegründete AfD, schied er bei BAYER altersbedingt aus. Auch der gesamten Branche stand Roland Hartwig in seinem Berufsleben zu Diensten. So saß er einst dem Rechtsausschuss des „Verbandes der Chemischen Industrie“ vor. Noch heute betrachtet der im Jahr 1954 geborene Roland Hartwig es als seine größte Leistung, „[e]inen internationalen Groß-Konzern juristisch durch alle Untiefen geführt zu haben“. Diese „Untiefen“

betrafen vor allem Verfahren, die Geschädigte von BAYER-Erzeugnissen anstrengten, Kartell-Klagen wegen Preis-Ab-sprachen und die Verhandlungen um die Entschädigung von ZwangsarbeiterInnen. Bei den Produkthaftungsangelegenheiten galt es dabei für die Rechtsabteilung, die finanziellen Belastungen für den Multi möglichst gering zu halten. Besonders gut gelang Hartwig & Co. das im Fall des Cholesterinsenkers LIPOBAY, den BAYER nach über 100 Todesfällen vom Markt nehmen musste. Dazu nahmen sich die Konzern-JuristInnen alle KlägerInnen einzeln vor, verlangten exakte Nachweise für LIPOBAY als Ursache der Gesundheitsstörungen und entkräfteten die vorgelegten Belege dann mit einer Armada von eigenen GutachterInnen.

Zur Güte bot das Unternehmen anschließend Kleckerbeträge um die 3.000 Euro an. „Fleddern“ hieß diese Strategie, die half, fünf Sammelklagen abzuwenden und mehr als 9.000 Betroffene leer ausgehen zu lassen. Als „deutsche Lösung“ stieß das auch bei anderen Firmen auf Interesse. Die *Wirtschaftswoche* äußerte sich anerkennend. „Auch nach Ansicht von Branchen-Kollegen befriedete Hartwig die Klagen professionell und gut“, schrieb die Zeitschrift 2019 und wünschte sich mehr Leute wie ihn im Bundestag. „[E]iner der wenigen früheren Top-Manager im Parlament“, lobte das Blatt.

Vor US-Gerichten verdingen die juristischen Strategien des Chef-Syndikus' allerdings seltener. Wegen Kartell-Ab-sprachen und Medikamenten-Nebenwirkungen musste der Pharma-Riese schon vor der Glyphosat-Ära Milliarden-Strafen zahlen. Allein die unerwünschten Arznei-Effekte der Verhütungsmittel aus der YASMIN-Produktreihe kosteten ihn insgesamt 2,1 Milliarden Dollar.

Von diesen Erfahrungen berichtete Hartwig dann später auf einer AfD-Veranstaltung unter dem Titel „Deutsche Unternehmen im Fadenkreuz der US-Justiz“. Der Ankündigungstext, den der Vortragende selbst formuliert haben dürfte, macht in den Vereinigten Staaten eine Rechtsindustrie aus, der die Gesetze des Landes in einzigartiger Weise ermöglichen würden, Druck auf die Konzerne aufzubauen und der deutschen Volkswirtschaft „in erheblichem Umfang“ Substanz zu entziehen. „Das bislang eklatanteste Beispiel waren die um die Jahrtausendwende in den USA gegen zahlreiche deutsche Unternehmen erhobenen Zwangsarbeiter-Klagen“, konstatiert Hartwig. Er muss es wissen:

Der BAYER-Konzern stand hier nämlich besonders im Fokus, weil für die von ihm mitgegründete IG FARBEN in der NS-Zeit mehr als 50.000 SklavenarbeiterInnen Frondienste leisten mussten.

Nach seinem Ausscheiden beim Leverkusener Multi arbeitete Roland Hartwig als Rechtsanwalt und widmete sich verstärkt seiner politischen Karriere. Von 2017 bis 2021 hatte er ein Bundestagsmandat inne, 2020 kandidierte er in Leverkusen für das Oberbürgermeisteramt. Zuletzt fungierte der Jurist als persönlicher Referent der AfD-Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel und galt dem Recherche-Netzwerk *Correctiv* zufolge als so etwas wie der „inoffizielle Generalsekretär“ der Partei.

Berührungssängste mit VertreterInnen der Neuen Rechten hatte der AfDler bereits vor dem November 2023 nicht. So hielt er im Juni 2019 eine Rede beim „Staatspolitischen Kongress“, einer Veranstaltung des von Götz Kubitscheck und Karlheinz Weißmann gegründeten „Instituts für Staatspolitik“, das der Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextremistisch“ einstuft. Zeitschriften- und Buchverleger Kubitscheck war es dann auch, der sich für Hartwig verwandte, als Alice Weidel dem öffentlichen Druck nachgab und sich im Nachklang des Potsdamer Treffens von ihrem persönlichen Referenten trennte. „Mit Hartwigs Entlassung hat die Partei die Tür geöffnet für Forderungen von außen und für den daraus entstehenden Rechtfertigungs- und Erklärungsdruck“, kritisierte der Rechtsintellektuelle. Sein Resümee: „Weidels Entscheidung ist Altparteien-Verhalten und hat dem Gegner Munition geliefert.“

Bei BAYER befand sich Hartwig immer in guter Gesellschaft. So gründete etwa Dr. Hans-Ulrich Höfs, wenigstens bis zum Jahr 2012 beim Konzern in der Forschung tätig, 1989 in Krefeld „Die Republikaner“. Später baute der Chemiker die Gruppen „Krefelder Gesprächskreis – Deutsche Politik“ und das „Krefelder Forum Freies Deutschland“ auf, die beide enge Kontakte zu RechtsextremistInnen wie Horst Mahler und Herbert Schweiger unterhielten. Seine rechte Gesinnung brachte den Wissenschaftler einst sogar vor Gericht. Nach der öffentlichen Aufforderung der Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG), Höfs zu entlassen, reagierte das Unternehmen lediglich mit einer Abmahnung.

„Faschismus ist ein politisches Konzept der Konzerne. Das wird nicht nur, aber eben immer wieder bei BAYER deutlich.



Tatort Villa Adlon in Potsdam

In Person des BAYER-Chefs und Hitler-Förderers Carl Duisberg in den 1920er und 1930er Jahren bis zum BAYER-Chefjuristen Roland Hartwig heute“, hielt Axel Köhler-Schnura, CBG-Gründer und -Ehrenvorstand in der Presseerklärung der Coordination zum Fall „Hartwig“ fest. Als skandalös bezeichnete sie es in der Veröffentlichung, dass ein Multi, der dem Hitler-Faschismus mit Geld und persönlicher Unterstützung den Weg bereitet hat und dessen Führungskräfte 1948 als Nazi-VerbrecherInnen verurteilt wurden, bis in die unmittelbare Gegenwart hinein ungebrochen braunen Kräften eine sichere Heimstätte, ein gutes finanzielles Auskommen und sichere Karrieren bis in die Unternehmensspitze hinein gewährt. ←

GRÜNE LIGA Netzwerk
Ökologischer
Bewegungen

DER RABE RALF

Die Berliner Umweltzeitung



**Unkonventionelles und Hintergründiges aus der vielfältigen Umweltszene
Tipps, Termine & Adressen**

Kostenlos an vielen Berliner Auslageorten wie Bibliotheken, Bio- und Umweltläden oder für jährlich 25 Euro per Abo ins Haus.

Kostenlose Probenummer:
DER RABE RALF
Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin
Tel. 030 / 44 33 91-47
raberalf@grueneliga.de
www.raberalf.grueneliga-berlin.de

Interview mit dem PCB-Geschädigten Jürgen Jäger

BAYERs Ewigkeitschemikalie



PCB-Sanierungsfall Ruhr-Universität Bochum

Polychlorierte Biphenyle (PCBs) zählen zu den gefährlichsten Chemikalien der Welt. Bis zu ihrem Verbot gehörten BAYER und MONSANTO zu den weltgrößten Produzenten. Vor allem in öffentlichen Gebäuden sorgen die Substanzen immer noch für viele Gesundheitsstörungen. SWB-Redakteur Max Meurer sprach mit Jürgen Jäger über die Problematik. Er wurde als Lehrer an einer Wiesbadener Schule auf die PCB-Belastung öffentlicher Gebäude in der Bundesrepublik aufmerksam. Seitdem beschäftigt Jäger sich intensiv mit der Aufklärungsarbeit über die Ursachen und Folgen der Schadstoffbelastung von Einrichtungen. Unter anderem war er als Umweltbeauftragter der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hessen tätig.

Herr Jäger, Sie haben während ihrer Arbeit an der Wilhelm-Leuschner-Schule nachweisen können, dass in besagter Schule PCB-haltiges Öl, das aus den Lampenkondensatoren getropft war, in Kombination mit der Belastung der Wände jahrzehntelang SchülerInnen und LehrerInnen einer hohen gesundheitlichen Gefahr ausgesetzt hat. Worin bestand diese von den Polychlorierte Biphenyle ausgehende Gefahr genau und wie wurden Sie darauf aufmerksam? Inwiefern hängt ihr Engage-

ment als späterer Umweltbeauftragter bei der GEW Hessen damit zusammen?

Die Aufmerksamkeit für die gesundheitsschädliche Innenraumbelastung wurde durch die neu gebaute Kindertagesstätte in Wiesbaden-Kostheim geweckt, die meine Tochter Caroline besuchte. Dort war ich Elternsprecher und später Vorsitzender der 23 städtischen Kindertagesstätten der Landeshauptstadt Wiesbaden. Wir Elternsprecher stellten den Antrag,

das Trinkwasser der neugebauten KiTa in der Küche auf Nitrat zu testen und stießen auf einen Kupfergehalt von 5,64 mg. Die Stadt tauschte die Kupferleitung in der Folge durch eine Kunststoffleitung aus. Dieses Ereignis führte dazu, dass ich in alle städtischen KiTas eingeladen wurde, mit dem Ergebnis, dass alle KiTas wegen einer Vielzahl von Gift- und Schadstoffen saniert werden mussten. Die letzte dieser KiTas, Baujahr ca. 1972, hatte PCB-Dehnungsfugen, und die Beton-Wände

waren durch PCB-haltige Schalöle, die als Trennmittel eingesetzt wurden, großflächig PCB-belastet. Darüber hinaus waren in den Neonlampen-Schirmen gelbliche Spuren erkennbar. Bei der Herkunftsuntersuchung stellte sich heraus, dass die Lampenkondensatoren implodiert waren. Als ich an diesem Tag in die polytechnischen Räume kam, musste ich feststellen, dass ein Lampenkondensator auslief. Die KiTa wurde vorübergehend geschlossen und saniert. Daraufhin wurden in allen öffentlichen Gebäuden Wiesbadens die Lampenkondensatoren ausgetauscht, wie ein Magistratsangestellter dem Personalrat der 78 städtischen Schulen berichtete. Bei den Sanierungen wurde jedoch nicht auf Null-PCB-Belastung orientiert, die Werte wurden vielmehr auf unter 300 ng PCB pro Kubikmeter gedrückt (gemessen bei kalten Temperaturen, bei denen die Werte niedriger liegen als bei hohen Temperaturen). Da die Wilhelm-Leuschner-Schule (WLS), an der ich tätig war, im selben Jahr wie die KiTa gebaut wurde, stellte ich als Personalratsmitglied einen Antrag auf Untersuchung der Schule. Das Ergebnis war erschreckend. Die Werte bewegten sich in unterschiedlichen Räumen in mehrstelligeren 1000er-Bereichen pro Kubikmeter Raumluft. Die Schule wurde drei Tage lang geschlossen, und jeder Raum wurde auf PCB-Belastung hin untersucht.

Die BAYER AG war der einzige namentlich bekannte Hersteller von PCB in der Bundesrepublik Deutschland. In den USA war ihre jetzige Tochter-Gesellschaft MONSANTO bis zum Verbot der Chemikalie der größte Produzent. Dort ist sie seitdem mit einer Flut von Entschädigungsprozessen konfrontiert, die auch bereits zu Milliarden-Zahlungen führten. Welche Verantwortung sehen Sie bei der BAYER-AG, welche Konsequenzen sollte das Unternehmen Ihrer Ansicht nach für die Gesundheit der Betroffenen tragen? Wissen Sie von Klagen gegen die BAYER-AG, waren diese berechtigt und erfolgreich?

Die BAYER AG sollte für den PCB-Skandal zur Rechenschaft gezogen werden. Sie muss auch die Betroffenen in Deutschland und anderswo entschädigen, wie es in den USA beispielsweise teils geschehen ist, und sich an den Sanierungskosten beteiligen. Da das PCB-Problem seit 1930 bekannt ist, und man seitdem über seine Auswirkungen auf die Gesundheit informiert ist, scheint es mir unverständlich, dass meines Wissens nach in der



Jürgen Jäger

Bundesrepublik noch keine Klagen gegen die BAYER-AG erhoben wurden. Ich würde eine solche Klage auf Grundlage des Artikel 2 des Grundgesetzes für gerechtfertigt halten, in dem das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit garantiert wird. Eine bundesweite Initiative zur krankmachenden Chemie-Belastung durch PCB wäre notwendig und mit großer Wahrscheinlichkeit erfolgreich.

Ab den 90er Jahren setzten an einigen Schulen und weiteren betroffenen Gebäuden Sanierungswellen ein, deren Ziel es war, die PCB-Grenzwerte wieder unter 300 Nanogramm zu drücken. Wie beurteilen Sie derartige Sanierungsvorhaben, wie viele Gebäude sind davon bis heute betroffen und wer trägt die Kosten dafür?

Infobox PCB

Polychlorierte Biphenyle (PCBs) sind giftige und krebserregende Verbindungen, die bis in die 1980er Jahre in Transformatoren, Kondensatoren, Kunststoffen, Hydraulikanlagen und in Weichmachern in Dichtungsmassen, Lacken usw. verwendet wurden. Sie bestehen aus 209 Einzelverbindungen, einige von ihnen gelten als synthetische Hormone, die auf das endokrine System (also auf Hormon- und weitere Drüsen) wirken und in der Lage sind, dort schwere Schäden zu verursachen. Sie stehen darüber hinaus im Verdacht, Krebs, ADHS und weitere Erkrankungen auszulösen. PCBs werden zum Großteil über die Nahrung aufgenommen, allerdings sind sie fettlöslich, weshalb bereits der Hautkontakt durch längere Aufenthalte in PCB-belasteten Gebäuden erhöhte PCB-Werte im Blut zur Folge haben. Das Stockholmer Übereinkommen von 2001 über persistente organische Schadstoffe zählt PCBs zu den zwölf gefährlichsten Chemikalien der Welt, die seither als das „dreckige Dutzend“ bezeichnet werden. Bis zu ihrem Verbot – in den USA 1977 und in Deutschland 1983 zählten MONSANTO und BAYER zu den größten Herstellern.

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Vierteljahrszeitschrift 35. Jahrgang, Nr. 137, März 2024, 224 Seiten

Lohnabhängigenbewusstsein II

Goes – *Schillerndes Krisenbewusstsein* / Grobys – *Zwischen Stuserhalt und gesellschaftlicher Veränderung* / Birke – *Deutungsmuster und Kämpfe* / Biesel – *Migrantisches Lohnabhängigenbewusstsein* / Schubert – *Was ist Solidarität?*

Krieg in Palästina: Zuckermann – *„Dieser Zionismus ist in einer Sackgasse gelandet“* / Pappé – *Israel und der Gazastreifen*

Marx-Engels-Forschung: Galander – *Anmerkungen zu MEGA IV/10*

Und: Reusch / Feldmann – *BSW: Zurück in die Zukunft?* / Schadt – *Politische Strategien der Bundesregierung zur Künstlichen Intelligenz* / Stamatis – *Automatisierung und künstliche Intelligenz als Ideologeme* / Foster – *Degrowth: Postwachstums-Planung (II)* / Boris / Eser – *Anarchokapitalist mit Kettensäge* / Deppe – *50 Jahre Marburger Kongress: Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt* / Gerhardt – *Wissenschaft und Revolution bei Th. Kuczynski* / Lambrecht – *Martin Hundt zu Marx-Engels und den Junghelienern*

Sowie: Kommentare; Zuschriften; Zeitschriftenschau; Berichte; Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl. Versand) im Abo: 38,00 Euro; Auslandsabo 46,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.) Abo reduz.: Inland 30,00 u. Ausland 38,- Euro. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt: Z-Vertrieb: Postfach 700 346, 60553 Frankfurt am Main, Tel./Fax 069 / 5305 4406

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de - e-mail: redaktion@zme-net.de

Die Sanierungsvorhaben, die stets das Ziel verfolgten, die PCB-Belastung auf unter 300 ng pro Kubikmeter zu drücken, wurden nirgends dauerhaft erreicht. Die Messungen erfolgten meist in den kalten Jahreszeiten, da dann das PCB weniger stark ausgast. In Deutschland gibt es laut Statistischem Bundesamt ca. 45.000 Schulen und 58.000 Kindertagesstätten. Von diesen sind ca. 1.500 Schulen PCB-belastet, da PCB beispielsweise als Flammschutzmittel eingesetzt wurde, etwa in Farben, PVC-Bodenbelägen und Deckenplatten.

Großflächig dürften daher mehr Gebäude betroffen sein. Die Sanierungsvorhaben sind völlig ungeeignet für die Erreichung des Ziels eines gesunden Arbeitsplatzes in KiTas und Schulen, auch im Hinblick darauf, dass PCBs hormonell wirksam sind und somit epigenetische Folgen haben können. Außerdem werden die Kosten für die Sanierung nicht von den Verursachern, sondern von den SteuerzahlerInnen getragen.

Wie sieht insgesamt die Sanierungsbilanz aus? Sind alle Schäden aufgenommen und entsprechende Sanierungsarbeiten veranlasst? Ist jetzt genügend Problembewusstsein vorhanden? Gibt es noch Neuerkrankungen?

Es gibt bundesweit und auch auf kommunaler Ebene keine Schadstoff-Kataster von Bildungseinrichtungen, und es kommt sporadisch jährlich zu neuen Sanierungsbestrebungen und Vorhaben für Bildungseinrichtungen, die in die Öffentlichkeit getragen werden. Zu Problembewusstsein kommt es meist nur dann bei PolitikerInnen, wenn sie persönlich betroffen sind (so beispielsweise in Nürnberg, Mainz, Wiesbaden oder Eschborn, wo Angehörige von PolitikerInnen in PCB-belasteten Umfeldern unterrichtet wurden oder unterrichtet werden). Es gibt immer noch eine hohe Zahl von Neuerkrankungen in Folge von PCB-Belastungen. Das Problem ist, dass ÄrztInnen meist die Ursachen der Erkrankungen nicht direkt erkennen und Wissensvermittlung über die Folgen von PCB-Belastungen möglicherweise nicht Teil der medizinischen Ausbildung ist.

Sie selbst haben eine Erkrankung entwickelt, die eine Folgeerscheinung des Kontaktes mit PCB sein kann. Worum handelt es sich und sehen Sie einen Zusammenhang mit der hohen PCB-Belastung in deutschen Schulen und öffentlichen Einrichtungen?

Ja, mein Körper ist PCB-belastet, das wurde von Professor Dr. med. Wolfgang Huber aus Heidelberg eindeutig festgestellt. Bei meiner Erkrankung handelt es sich um eine chronische, schleichende Polynuropathie (PNP) an den Füßen, Beinen, Armen und Händen sowie um Konzentrationsschwierigkeiten, das Müdigkeitssyndrom (Chronic Fatigue Syndrome) und Gehirnrauschen. Die PCB- und Schadstoffbelastungen bundesrepublikanischer Bildungseinrichtungen stehen meiner Meinung nach im engen Zusammenhang mit vielen Erkrankungen der Gliedmaßen, neurologischen Erkrankungen und ADHS. Als Gedächtnistrainer ist meine Wahrnehmung hier besonders gefordert. Nach der Stockholmer Vereinbarung, die von der Bundesregierung unterzeichnet und ratifiziert wurde, wären die Verantwortlichen in der Pflicht, aktiv zu werden und für eine konsequente Eliminierung der Gift- und Schadstoffe zu sorgen. Dass dies nicht passiert, ist eine Vernachlässigung der Aufgaben der verantwortlichen AkteurInnen. Gesundheit muss in der Gesellschaft immer Vorrang haben! ←

Sie selbst haben eine Erkrankung entwickelt, die eine Folgeerscheinung des Kontaktes mit PCB sein kann. Worum handelt es sich und sehen Sie einen Zusammenhang mit der hohen PCB-Belastung in deutschen Schulen und öffentlichen Einrichtungen?

Genossenschaft für internationale Solidarität

Wir brauchen Dich, Genossin, Genosse!

Die junge Welt erscheint im Verlag 8. Mai. Der Verlag gehört der Genossenschaft LPG junge Welt eG, die nicht zufällig am 7. Oktober 1995 gegründet wurde. Um die junge Welt zu stärken, suchen wir viele neue Genossenschaftsmitglieder.

Weitere Infos:
jungewelt.de/genossenschaft
 oder unter 0 30/53 63 55-10



GRAFIK: THOMAS J. RICHTER



Landwirtschaft zerrieben zwischen Ökonomie und Ökologie

BAYER und die Bauernfrage



Die geplante Streichung der Subventionen für Agrar-Diesel hat ganze Trecker-Trecks gen Berlin in Bewegung gebracht. Auch in anderen Ländern gingen die LandwirtInnen auf die Straße. Gegen was aber richten sich die Proteste genau und gegen was nicht und wo steht BAYER in dem Ganzen? Das Stichwort BAYER sucht nach Antworten.

Von Jan Pehrke

Seit Jahr und Tag fährt die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) im Januar zu den „Wir haben Agro-Industrie satt“-Protesten nach Berlin. Dort findet zu diesem Zeitpunkt nämlich immer die Grüne Woche statt, die Leistungsschau der ohne Rücksicht auf Verluste betriebenen „Höher, Schneller, Weiter“-Landwirtschaft. Und gegen die gilt es einen Kontrapunkt zu setzen. So ziehen dann – angeführt von einer Trecker-Phalanx – VerbraucherInnen-Verbände, Umweltiniti-

ativen und VertreterInnen der bäuerlichen Landwirtschaft stets gemeinsam für eine Art des Ackerns auf die Straße, die die Umwelt schont, das Tierwohl achtet, gesunde Nahrungsmittel herstellt und den ProduzentInnen ein Auskommen sichert. Dieses Mal aber waren die Trecker schon vorher da. Die von der Bundesregierung im Zuge ihres 30 Milliarden schweren Sparpakets angekündigte Streichung der Subventionen für Agrar-Diesel und Abschaffung der Befreiung landwirtschaftli-

cher Fahrzeuge von der Kfz-Steuer hatten sie ins Rollen gebracht.

Nicht nur Agrar-Diesel

Die ARBEITSGEMEINSCHAFT BÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT (AbL), ein maßgeblicher Akteur von „Wir haben Agro-Industrie satt“, trug die Agrardiesel-Forderung mit, allerdings in veränderter Form. Sie plädierte dafür, die Rückzahlungen auf einen Verbrauch von 10.000 Litern zu begrenzen, um gezielt kleinere Betriebe

zu unterstützen statt Big Agro zu subventionieren. Zudem gehören ihrer Meinung nach mehr Themen auf die Agenda.

Die Arbeitsgemeinschaft mahnt etwa eine Stärkung der Stellung der LandwirtInnen in den Wertschöpfungsketten an, denn die Bauern und Bäuerinnen stehen sowohl beim Einkauf als auch beim Verkauf großen Playern gegenüber und sehen dementsprechend alt aus. Bei den Betriebsmitteln wie Pestiziden, Saatgut und Dünger sind das hauptsächlich BAYER & Co. sowie große Landmaschinen-Hersteller wie JOHN DEERE und auf der Abnahme-Seite die Schlachtereien, Molkereien sowie ALDI, REWE und Konsorten. Überdies drängt die Abl auf steuerliche Maßnahmen gegen den kontinuierlichen Anstieg der Bodenpreise, welche die ALDI-Stiftung und andere Player auf der Suche nach lukrativen Anlage-Möglichkeiten für ihr Kapital nach oben getrieben haben. Darüber hinaus macht sie sich in ihrem 6-Punkte-Plan für eine Tierwohl-Abgabe, eine strenge Regulierung der neuen Gentechniken und eine stärkere Ausrichtung der Subventionen auf Umwelt-Belange sowie auf Betriebe mit tatsächlichem Bedarf stark.

Aber der Bauernverband denkt gar nicht daran, das Problem so grundsätzlich anzugehen. Weder will er sich mit den Molkereien, Schlachtereien, Agro-Riesen und dem Lebensmittelhandel anlegen noch die Landwirtschaft ihrem Wesen nach ändern. Dafür ist der DBV zu sehr Teil dieser Strukturen. So gehört DBV-Präsident Joachim Rukwied nicht nur selbst zu den GroßagrarierInnen, er bekleidet überdies



Die CBG auf der „Wir haben Agroindustrie satt“-Demo in Berlin

Aufsichtsratsposten bei Branchengrößen wie BAYWA, dem größten deutschen Agrarhändler, SÜDZUCKER und der R+V ALLGEMEINE VERSICHERUNG AG. Sein Vorgänger Constantin von Heeremans saß einst sogar im BAYER-Aufsichtsrat. Aber auch mit Rukwied versteht sich der Leverkusener Multi bestens, nicht nur weil er in diesem einen treuen Glyphosat-Fürsprecher findet. Die DBV-Aktion „Pflanzen ernähren und schützen“, die sich gegen eine strengere EU-Regulation von Pestiziden wendete, war so ganz nach dem Geschmack des Konzerns. Deshalb unterstützte er sie nach Kräften und sammelte fleißig Unterschriften dafür. 13.000 übergab der damalige Geschäftsführer der deutschen Agrarsparte, Jürgen Schramm, dem Bauernverbandspräsidenten vor zehn Jahren. Damit nicht genug, sitzt die jetzige Chefin von Cropscience-Deutschland,

Karin Guendel Gonzalez, zusammen mit Rukwied im Präsidium des „Forums moderne Landwirtschaft“. Und zum europäischen DBV-Pendant COPA-COGECA unterhält die Aktiengesellschaft ebenfalls ausgezeichnete Beziehungen.

Die ARBEITSGEMEINSCHAFT BÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT kritisiert den DBV wegen dieser Verflechtungen und den daraus folgenden Positionierungen vehement. Für die Abl ist der Agrar-Diesel nicht das ein und alles, sondern nur der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. „Der deutsche Bauernverband will über dieses Fass nicht reden. Aber genau da liegt die Ursache: Eine jahrzehntelang export-orientierte Agrar-Politik hat dazu geführt, dass die Betriebe unter einem immensen Kostensenkungsdruck wirtschaften mussten. Es brauchte und braucht billige Produkte, damit die Le-

Nachhaltig, fair & verantwortungsvoll.

Wir sind die einzige Zeitschrift, die Ihnen die besten Produkte für mehr ökologische Verantwortung zeigt.

GUTSCHEIN

Bitte wenden Sie dieses Gutschein an: **green/y**, Postfach 10 15 10, 40101 Düsseldorf, Tel. 0210 3000-1000, info@greeny.de

green/y ist ein Projekt von **green/y** (www.greeny.de) und **green/y** (www.greeny.de) | info@greeny.de | www.greeny.de

Wassermilch (Schmelz, Vollmilch) **Getreide (Vollkornbrot)**
 Wassermilch (Vollmilch) **Getreide (Vollkornbrot)**

VERWALTUNGSGEMEINSCHAFT BÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT



bensmittelindustrie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig ist“, konstatiert AbLSprecher Berit Thomsen.

Der Agroindustrie-Komplex

Die Weichenstellung für diese Ausrichtung erfolgte innerhalb der Europäischen Union im Jahr 1958 mit den Römischen Verträgen. Noch Geprägt von den Hungerjahren des Krieges wollten die damaligen EWG-Staaten den Grundstein für eine Landwirtschaft legen, die immer in der Lage ist, die Bevölkerung zu ernähren. Dazu setzten sie eine Reihe von Anreizen wie Abnahme-Garantien, Export-Förderungen und Schutzzölle. Als Folge davon entstanden die sprichwörtlichen Butterberge. „Wenn wir jetzt nichts tun, fließt uns spätestens 1970 die Butter auf die Straße“, schlug der damalige Agrar-Kommissar Sicco Leendert Mansholt Alarm – und tat etwas. Der nach ihm benannte Plan sah vor, die Subventionen zu kürzen und durch größere Betriebseinheiten, Spezialisierung und Intensivierung die Wettbewerbsfähigkeit des Bereichs zu forcieren.

Die Landwirtschaft änderte sich durch diese Entwicklungen von Grund auf. Bartholomäus Grill beschreibt das in seinem Buch „Bauernsterben“ auch am Beispiel des elterlichen Hofes. Pestizide erhielten dort erst spät Einzug. Der Chef eines Lagerhauses diente sie den Grills im Jahr 1960 an: „Das sind Pflanzenschutzmittel, die kaufen jetzt alle.“ Kunstdünger kauften ebenfalls bald alle, und auf den Feldern verdrängte der Mais Weizen & Co.

Pflegeleicht, ertragreich, günstig im Wasserverbrauch – das sprach für die Frucht, die nur einen Nachteil hatte: Das Saatgut für das hochgezüchtete Gewächs musste Jahr für Jahr neu erworben werden. Mit Ackerbau & Viehzucht war auch bald nichts mehr. Im Zuge der Spezialisierung galt es sich zu entscheiden. Und so wuchs das Futter für die Tiere dann irgendwann nicht mehr neben dem Stall auf dem Feld. „Unsere Kühe weiden am Rio de la Plata und am Mississippi“, sagte einst Ignaz Kiechle, von 1983 bis 1993 Bundeslandwirtschaftsminister, in Anspielung auf die Futtermittel-Lieferungen aus Lateinamerika.

Die Grills konnten all dem bis 2011 standhalten. Dann mussten auch sie sich der Frage stellen „Wachse oder weiche?“ – und entschieden sich für einen Verkauf. Und das taten in der vergleichbaren Situation viele. Gab es unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg noch fast zwei Millionen Bauernhöfe, so blieben 2023 nur noch 255.000 übrig. Vor allem die kleinen mit einer Fläche von 20 bis 50 Hektar verschwanden. Ihre Zahl sank allein zwischen 2010 und 2020 um 20 Prozent, während die der Betriebe mit einer Fläche von 200 bis 500 Hektar um 30 Prozent stieg. Die Tendenz geht also hin zu riesigen Agrar-Fabriken, die ohne Rücksicht auf Verluste produzieren. Für Bartholomäus Grill kommt das gegenwärtige Produktionsmodell einem Krieg gleich, bei dem die Feldherren aus dem Agrar- und Lebensmittelsektor stammen und die Chemie-

Pharma- und Saatgut-Konzerne die Rüstungsgüter liefern. BAYERS „Rüstungslieferungen“ gehen dabei schon bis ins Jahr 1892 zurück. Da brachte der Konzern mit ANTINONNIN das erste synthetische Anti-Insektenmittel heraus, ein Mittel gegen die Nonnen-Raupe. Und so ging es immer weiter bis zu den Gen-Pflanzen und den „Errungenschaften“ der digitalen Landwirtschaft heutigen Tags.

Dieser ganze agro-industrielle Komplex kommt bei den Protesten der Bauern und Bäuerinnen, die sich mittlerweile auf fast alle Länder der Europäischen Union erstrecken und immer wieder auch Brüssel – als Schaltstelle der Agrar-Politik – zum Schauplatz machen, nicht in den Blick. Er bleibt diffus, beschränkt sich auf Einzel-Aspekte wie „Agrardiesel“, beklagt vage die Bürokratie oder versteht darunter weniger vage vor allem die Umweltauflagen und erwartet von der Politik schnelle Lösungen. Das macht ihn anschlussfähig für rechte Kreise.

Und tatsächlich bemühen sich diese in fast allen Staaten, die Proteste zu kapern. Zum Glück aber gelingt die Infiltration nicht recht. Diese stößt nämlich auf so einige Hindernisse. Die AfD beispielsweise kann sich nicht so einfach als natürliche Heimstatt des deutschen Bauernstands präsentieren. Dem steht ihr Programm entgegen. „Die AfD lehnt Subventionen generell ab. Wir wollen gleiche Regeln für alle – ob groß, ob klein, in jeder Branche“, heißt es dort nämlich. Der der Landwirtschaft gewidmete Abschnitt ist dement-

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

express

Ausgabe 2/24 u.a.: U. Maaz: Gewerkschaftsspiegel aktuell | G. Kritidis: »Arg muss sich der Bauer quälen« – Agrarkrise, Höfesterben, Bauernproteste | A. Kobel: »Die Kaufhäuser denen, die sie brauchen!« – Wie weiter mit Galeria Kaufhof Karstadt? | L. Becker, A. I. Beyer, K. Pühl: »Zeit, zurückzubeißen« – Plädoyer für intersektionale, queere Klassenperspektiven | R. Hürtgen: »Wo steht die gewerkschaftliche Linke nach 2 Jahren Krieg in der Ukraine?« – Wie gut sind wir auf kommende imperiale Kriege vorbereitet?

Probelesen ?!
Exemplar anfordern !!

Niddastr. 64 VH **60329 FFM**
express-afp@online.de
www.express-afp.info

contraste

zeitung für selbstorganisation

475 41. JAHRGANG APRIL 2024 4,90 EUR



SCHWERPUNKT
Agrarökologie –
Ernährungswende
von unten

www.contraste.org

sprechend mit „Weniger Subventionen, mehr Wettbewerb“ überschrieben. Auch die kritische bis ablehnende Haltung, die ein Großteil der rechten Parteien der Europäischen Union gegenüber an den Tag legt, macht sie unattraktiv für LandwirtInnen, denn für diese ist die EU eine maßgebliche Einkommensquelle.

Die Politik reagiert

Inhaltlich bewegte sich Brüssel schon vor der großen Protestwelle auf die LandwirtInnen zu. Die Europäische Volkspartei hatte die Gründung einer Bauernpartei in den Niederlanden nach einer Auseinandersetzung über Stickstoff-Emissionen nervös gemacht. Im Vorfeld der Europawahlen fürchtete sie, Stimmen an Rechtsparteien zu verlieren, und begann, die mit dem Green Deal verknüpfte Umweltpolitik in Frage zu stellen. Die Trecker-Trecks auf den Straßen fast aller Mitgliedsländer beschleunigten die Abbruch-Arbeiten dann noch einmal immens. Im Februar 2024 musste die Pestizid-Verordnung dran glauben, mit der die EU-Kommission den Einsatz der Ackergifte bis zum Jahr 2030 um 50 Prozent reduzieren wollte. Im nächsten Monat ging es dann an die „Standards für einen guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand (GLÖZ), an deren Einhaltung die EU die Vergabe von Subventionen knüpft. Und das Renaturierungsgesetz, das Umweltkommissar Virginijus Sinkevicius als einen „konkreten Beitrag der EU zur Erhaltung der biologischen Vielfalt, wertvoller Ökosysteme, gesunder Böden



Der ehemalige Geschäftsführer von BAYERs deutscher Agrarsparte übergibt DBV-Chef Joachim Rukwied Unterschriften gegen die Pestizid-Politik der EU

und Gewässer“ bezeichnete, liegt ebenfalls erst einmal auf Eis.

Darüber hinaus kündigte die EU weitere Schritte an. So will sie die ökonomische Position der LandwirtInnen stärken. „Besonderes Augenmerk wird auf Maßnahmen in Bezug auf Gewinnspannen, Handelspraktiken in der Wertschöpfungskette und Produktionskosten gelegt, da die Landwirte oft das schwächste Glied in der Lebensmittel-Wertschöpfungskette sind“, erklärte die Kommission.

Ähnliches schwebt auch der Bundesregierung mit ihrem 10-Punkte-Plan zur Unterstützung der Landwirtschaft vor, aber ob ALDI, BAYER & Co. in Zukunft ihr Geschäftsmodell zugunsten der Bauern und Bäuerinnen ändern müssen, erscheint doch mehr als fraglich. Überdies plant die Ampel Steuerentlastungen und andere Erleichterungen. Auch auf die Erhebung einer Kfz-Steuer für Trecker und andere

landwirtschaftliche Fahrzeuge verzichtete Rotgrünelb, aber an der Streichung der Subventionen für Agrardiesel hielt sie fest.

Der Bündnis90/Die Grünen-Bellizist Anton Hofreiter kannte da kein Pardon und erinnerte in einem *Zeit*-Interview dankeswerterweise auch noch einmal daran, wie es überhaupt zu dieser Maßnahme kam. So etwas gerät nämlich leicht aus dem Blick. Auf die Frage: „Auch die geplante Kürzung beim Agrardiesel muss ihrer Meinung nach vom Tisch?“ antwortete Hofreiter: „Diese Haltung konnte man sich leisten, als es noch keinen Krieg gab, als die Zeiten noch nicht so brutal waren.“ Der Krieg – oder besser die Kriege und mehr noch der erkennbare Unwille der Politik, Anstrengungen zu deren Beendigung zu unternehmen, haben also die Bauernfrage wieder auf die politische Tagesordnung gebracht. ←

institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V. **analysen. fakten. argumente.**

isw-wirtschaftsinfo 64
Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.
Schutzgebühr 6,00 EUR März 2024

BILANZ 2023
Ausblick 2024
Fakten & Argumente zur wirtschaftlichen Situation in der Dauer-Krise

Außerdem: Autoindustrie – Konfusion statt Konversion | Chemische Industrie – Die Chemie stimmt nicht! | Energiewirtschaft | Geldpolitik und Zinspolitik

In 6 Einzelkapiteln – Inflation, Konjunktur, Branchenentwicklung, Arbeitslosigkeit/Beschäftigung, Ökologie/Klimaschutzpolitik, Renten – untersuchen die Autoren, wie sich die wirtschaftliche, soziale und ökologische Situation im Inflationsjahr 2023 entwickelt hat. In weiteren Kapiteln wird die Entwicklung der Energiewirtschaft, der Chemischen Industrie und der Automobilindustrie sowie die Geld- und Zinspolitik beleuchtet. Anschaulich aufbereitet mit zahlreichen Grafiken. Eine Fülle von Fakten & Argumenten für die Diskussion in Betrieb, Gewerkschaft und Gesellschaft.

isw-wirtschaftsinfo 64 März 2024 / 64 S. / 4,00 EUR + Versand

In weniger als einem Vierteljahrhundert hat sich in der Weltwirtschaft eine Kräfteverschiebung zu Gunsten der BRICS-Länder ergeben. Ihre Herangehensweise hat eine große Anziehungskraft für andere Schwellenländer.

isw-spezial 38 Januar 2024 / 16 S. / 2,00 EUR + Versand

Alle isw-Publikationen: **www.isw-muenchen.de**

isw e.V., Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München.
fon 089-130041, fax 168 94 15, isw_muenchen@t-online.de

Fred Schmid

BRICS
Gegenpol zu G7
Der Kampf um eine neue Weltordnung

Schutzgebühr: 2,00 Euro

ISW **SPEZIAL-NR. 38**

➔

Peter Jaeggis Buch über Agent Orange in Vietnam

BAYER & ein Krieg ohne Ende



Foto: Roland Schmid

Vater Do Van Ba mit seinem aufgrund von Agent Orange schwerstbehinderten Sohn Do Trung Thanh in Bien Hoa

BAYER und andere Chemie-Großkonzerne waren und sind teilweise immer noch in die Produktion chemischer Waffen involviert. Peter Jaeggis Buch „Krieg ohne Ende“ liefert spannende Einblicke und eine umfangreiche Faktensammlung zum „chemical warfare“ am Beispiel von Vietnam.

Von Max Meurer

Zahlreiche Filme, Schallplatten und andere Kunstwerke wurden über den Vietnamkrieg geschaffen. Jede/r kennt die Kino-Werke über das Schicksal US-amerikanischer SoldatInnen, die traumatisiert und gebrochen von ihrem Einsatz heimkehrten, wenn sie – von ihrer Regierung

in einem aussichtslosen Krieg gegen die vietnamesische Befreiungsbewegung als Kanonenfutter verheizt – nicht in Särgen zurückkamen.

Die andere Seite der Geschichte bleibt dabei oft unterbelichtet: das Schicksal des vietnamesischen Volkes, dem die

imperialistische Großmacht mit Kugeln, Bomben und chemischen Kriegswaffen begegnete. Es dominiert der Fokus auf die politischen Entscheidungsträger, nur über die Beteiligung der Chemie-Riesen an der Durchführung dieses Krieges wird wenig gesprochen. Das als Agent Orange be-

Foto: Matthias Leopold



Grabstelle für Pestizid-Opfer in Vietnam

kannt gewordene, dioxinhaltige Pestizid erlangte in diesem Zusammenhang eine traurige, aber isolierte Berühmtheit. Sein Einsatz kam in den bereits genannten Filmen, LPs und Kunstwerken zwar zur Sprache, doch über die Spätfolgen wissen die meisten nur wenig.

Das zu ändern, setzte sich Peter Jaeggi mit seinem Buch zum Ziel. Aber der Weg zu „Krieg ohne Ende“ war lang und steinig. „Er begann 1998 mit einer Begegnung mit dem ‚Green Cross‘-Gründer Roland Wiederkehr, der mich für diese Langzeit-Arbeit motivierte. Unterwegs viele berührende und hautnahe Begegnungen mit Menschen, mit Opfern der Dioxin-Attacke, mit Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen. Auch mit dem US-Veteranen Chuck Palazzo, der über seine schrecklichen Kriegserfahrungen berichtete.“, so fasst Jaeggi selbst die Entstehung des Werkes zusammen. Rund 18 Jahre vergingen zwischen besagter Begegnung und dem Erscheinen des Buchs.

Die Neuauflage vom letzten Jahr, zu der die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFÄHREN einige Infos beigesteuert hat, bringt dabei auch einige Neuerungen mit sich: So wurden beispielsweise die Schilderungen Chuck Palazzos wieder entfernt, nachdem sich Ende der 2010er herausstellte, dass dieser gar nicht im Vietnamkrieg gekämpft hatte. Ebenfalls neu ist die beeindruckende photographische Ausgestaltung mit Bildern des zweifachen Pulitzer-Preissträgers Horst Faas, die aus der Zeit des Vietnamkrieges selbst stammen und neben Kriegsalltagsszenen auch das menschliche Leid des vietnamesischen Volkes und die Kriegsverbrechen des US-Militärs dokumentieren. Überdies steuerte Roland Schmid Farbaufnahmen bei, die

die Opfer der Militäraggression und die Folgen des Chemie-Krieges zeigen.

Warum „Krieg ohne Ende“?

Und damit sind wir schon beim ersten Punkt, warum die Lektüre lohnt: Peter Jaeggis Werk vermittelt ein eindrückliches Bild von den Langzeit-Folgen des Chemie-Krieges in Vietnam mit Agent Orange und anderen Pestiziden. Doch was hat es mit Agent Orange eigentlich auf sich? Bei dem Stoff handelt es sich der Bestimmung nach um ein Antunkrautmittel. Die US-Regierung benutzte es aber als Entlaubungsmittel, um im Dschungel klarere Sicht zu haben und die Verstecke der vietnamesischen Befreiungskräfte enttarnen zu können. Zudem zerstörte die U.S. Army damit die Ernten des Feindes.

Sie setzte zwischen 1962 und 1971 rund 46 Millionen Liter des Kampfstoffes und noch einmal 34 Millionen Liter anderer Agro-Chemikalien ein. Beliefert wurde die US-Regierung dabei unter anderem von BAYERs jetziger Tochter-Gesellschaft MONSANTO (siehe Kasten), DOW CHEMICAL, DIAMOND SHAMROCK und UNIROYAL. Auch der BAYER-Konzern war mit von der Partie (siehe Kasten), verfügt er doch über eine lange Erfahrung mit chemischen Kampfstoffen aus. Sie reicht bis in den Ersten Weltkrieg zurück, stand dann auch dem Hitler-Reich zu Diensten und konnte sich nach dem Ende des Faschismus noch weiterentwickeln. Hier gab es auch personelle Kontinuitäten, so etwa in den Personen von Otto Ambros und Wolfgang Wirth. Ambros war Direktor der IG FARBEN und forschte als Chef der Abteilung für chemische Kriegsführung von Speers Rüstungsministerium an Giftgasen, auch für den Einsatz in deutschen

BAYERs Chemiewaffen

Der BAYER-Konzern bestreitet mit zweifelhaften Argumenten, das Pentagon direkt mit Agent Orange beliefert zu haben. Die Produktion von Agent-Orange-Bestandteilen und anderen Pestiziden für die Kriegsverwendung dementiert er dagegen gar nicht erst. So stellte der Leverkusener Multi in der fraglichen Zeit jährlich 700 bis 800 Tonnen des „Agent Orange“-Grundstoffes 2,4,5-T her und verkaufte einen Teil davon an die französische Firma PROGIL. Diese wiederum verarbeitete es weiter und exportierte es nach Vietnam. Ein Aktennotiz der ebenfalls mit PROGIL Geschäftsbeziehungen unterhaltenen BOEHRINGER AG belegt dies: „BAYER und PROGIL haben auf dem 2,4,5-T-Sektor seit Jahren (Vietnam) zusammengearbeitet“. Der Global Player verleugnet diese Kooperation nicht, hält allerdings fest: „Über die weitere Verwendung des Wirkstoffes bei der PROGIL liegen keine Erkenntnisse vor.“

In einer früheren Äußerung zu diesem Thema räumt er hingegen durchaus die Möglichkeit ein, „dass Tochter-Unternehmen beziehungsweise Drittfirmen 2,4,5-T-haltige Pflanzenbehandlungsmittel auf den amerikanischen Markt brachten“. Andere Agro-Chemikalien wie Agent Green, Zineb und Dalapon veräußerte das Unternehmen dem Militär ebenfalls. Die Zeitschrift *International Defense Business* konnte für das Jahr 1972 sogar genau den Wert von BAYERs Kriegsbeitrag beziffern: Rund eine Million Euro stellte die Aktiengesellschaft für die verschiedenen Chemikalien in Rechnung. ExpertInnen des Unternehmens standen der US-Army gemeinsam mit ihren KollegInnen von HOECHST aber auch direkt vor Ort mit Rat und Tat zur Seite. Als medizinische HelferInnen getarnt, arbeiteten sie dem US-amerikanischen Planungsbüro für B- und C-Waffeneinsätze in Saigon zu.



Foto: Roland Schmid

Tran Duc Nghia, der im Jahr 2016 den Vergiftungsfolgen erlag, mit seiner Tante.

Konzentrationslagern. Wirth war ebenfalls in solche Forschung involviert, was beide aber nicht daran hinderte, später für BAYER im Werk in Wuppertal Elberfeld an chemischen Kriegswaffen für den Vietnam-Krieg zu forschen, so berichtet der Historiker Gerhard Feldbauer.

Langzeitfolgen

Bis heute ist der Einsatz von Agent Orange während des Krieges gegen Vietnam die größte Dioxinquelle im Land. Dazu schreibt Jaeggi: „Dioxine sind Umweltgifte und gehören zum sogenannten „schmutzigen Dutzend“, zur Gruppe der gefährlichsten Umweltgifte (...) Das allergiftigste unter ihnen ist jenes, das als „Seveso-Gift“ be-

rüchtigt ist (...): TCDD, das auch in Agent Orange enthalten war.“ Jaeggi weist überdies darauf hin, dass TCDD als etwa 500-mal giftiger als Strychnin (vormals Rattengift) ist und tausendfach toxischer als Nikotin.

Nun ist TCDD eigentlich kein notwendiger Bestandteil von Agent Orange, die hohe Belastung erklärt sich aus der Unreinheit der Produktion, die wiederum daher rührt, dass MONSANTO & Co. in möglichst kurzer Zeit möglichst große Mengen des Kriegsstoffes produzieren wollten.

Das Gift ging in großem Maßstab über das gesamte Land nieder. Es machte keinen Unterschied zwischen ZivilistInnen, Armeeangehörigen oder PartisanInnen

und verseuchte Böden und Gewässer. Sehr anschaulich und verständlich skizziert Jaeggi die Auswirkungen des „herbicial warfare“, auch unter Rückgriff auf den TDI-Wert (tolerable daily intake, also die noch tolerierbare tägliche Aufnahmemenge) und den politischen Umgang damit. „Die tägliche lebenslange Belastung der Bevölkerung mit 0,006 bis 0,01 Pikogramm Dioxin pro Kilogramm Körpergewicht führt zu einem zusätzlichen Krebsfall auf eine Million Menschen. Alle anderen „zumutbaren“ Pikogramm-Mengen an Dioxinen sind nur politische Werte! Im Klartext: Es wird politisch entschieden, wie viele zusätzliche Krebsfälle durch Dioxin-Belastung der Bevölkerung zugemutet werden.“ Doch TCDD löst nicht nur Krebs aus, schädigt das Immunsystem und stört die Embryonalentwicklung, es gelangt darüber hinaus noch über Plazenta und Muttermilch direkt in den Organismus von Neugeborenen, wo es, wie Jaeggi betont, imstande ist, in Konzentrationen auch unterhalb des Grenzwertes vielfältige Gesundheitsstörungen hervorzurufen.

Wer trägt die Schuld?

Jaeggi weist darüber hinaus darauf hin, dass MONSANTO & Co. ebenso wie die politisch Verantwortlichen genau wussten, was sie taten. So unterschrieben bereits 1966 22 US-WissenschaftlerInnen einen Brief, der über die Gefahren von Dioxin aufgeklärte. Sein Adressat Lyndon B. Johnson, damaliger US-Präsident, ignorierte dies geflissentlich, ebenso wie den damit verbundenen Aufruf, sich zu verpflichten, keine chemischen Waffen im

 <p>Das Lateinamerika-Magazin</p>	<div data-bbox="614 1467 869 1646" style="border: 2px solid black; padding: 5px; text-align: center;"> <p>Danke für 100 neue Abos & 18.100€ Spenden!</p> </div>  <div data-bbox="941 1512 1133 1736" style="text-align: center;"> <p>Um die ila langfristig am Leben zu halten, brauchen wir weiterhin eure Unterstützung!</p> </div> <div data-bbox="941 1881 1133 1982" style="text-align: center;"> <p>Abonniert uns, spendet & erzählt von uns!</p> </div> <div data-bbox="973 2038 1093 2072" style="text-align: center;"> <p>@ila_bonn</p> </div>	<p>Aktuelle Ausgabe:</p> <p>ila 473 - Reproduktive Gerechtigkeit</p> <p><i>Themen:</i> Leihmutterchaft in Mexiko Trans-Elternschaft in Kolumbien Zwangsterilisierung in Peru</p> <p style="text-align: right;">www.ila-web.de</p>
--	---	--



Flugzeuge bringen Agent Orange aus

Vietnamkrieg einzusetzen. In Deutschland wussten die Unternehmen auch seit spätestens Mitte der 50er Jahre und einigen Unfällen bestens über die Toxizität von Dioxinen Bescheid. Das hinderte die Chemieriesen jedoch nicht an der Produktion von Agent Orange.

Umso merkwürdiger mutet es da an, dass Jaeggi später im Buch unter der zitierten Überschrift „Hanoi lässt seine Opfer im Stich“ Felix Klickermann vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung mit den Worten zitiert: „Ich glaube, es ist zu einfach gedacht, sich hier allein auf die USA und die Herbizid-Produzenten zu versteifen.“ Er meint damit die Frage, wer den Geschädigten Unrecht tut, und bezieht sich kritisch auf die vietnamesische Hilfspolitik für die Leidtragenden, die nicht weit genug gehe. Da stellt sich dann

doch die Frage: Wer ist für die Opfer verantwortlich? Die Regierung eines Landes, das nicht für Eroberung oder Unterdrückung, sondern für seine Unabhängigkeit kämpfte, oder die militärischen Aggressoren, die chemische Waffen in Kenntnis ihrer weitreichenden Folgen über ein jahrzehntelang unterdrücktes, agrarisches Land brachten? Jaeggi weist immer wieder, und das vollkommen zurecht, auf die USA hin, auf die Unsinnigkeit ihrer ideologisch verblendeten „Domino-Strategie“, auf die menschenverachtende Kriegsführung und so weiter. Wozu bedient er sich aber dann solcher Floskeln? So finden sich am Rande immer wieder Darstellungen zum Vietnamkrieg, die vor allem durch die US-amerikanische und bundesrepublikanische Propaganda in die Öffentlichkeit getragen wurden etwa zur Rolle der vietnamesischen Widerstandskräfte, zum Umgang mit südvietnamesischen ZivilistInnen sowie zum Verhalten der US-Führung. Das ist schade, doch wer diese Zwischentöne einordnen kann und sich auf die Fakten konzentriert, die das Buch in beeindruckendem Umfang versammelt, lernt trotzdem eine Menge.

Die Geschädigte Tran To Nga

Nicht nur die Darstellung der Wirkweise, Zusammensetzung und Spätfolgen der Chemiewaffen gelingt dem Autor auf beeindruckend verständliche Art und Weise, auch die Gespräche mit den Geschädigten sind ausgesprochen verdienstvoll. Beispielsweise berichtet Ngyuen Bong, 1962 direkt zu Beginn der US-Militäraggression geboren, vom Kriegsalltag und seinen Fol-

MONSANTO's Chemiewaffen

MONSANTO befand sich bereits seit 1950 im regen Austausch mit der Chemiewaffen-Abteilung des Militärs über die Kriegsverwendungsfähigkeit des Wirkstoffs 2,4,5-T. Die entsprechende Akte ist 597 Seiten stark und zu großen Teilen immer noch als „geheim“ deklariert. Überdies wusste das Unternehmen schon früh um die Gefährlichkeit des Stoffes. Aber bei einem Treffen mit weiteren Herstellern des Produkts zur Erörterung der Gesundheitsgefahren übte MONSANTO Druck auf die VertreterInnen anderer Firmen aus, der Regierung der Vereinigten Staaten diese Risiken zu verheimlichen. „Ein kausaler Zusammenhang zwischen Agent Orange und chronischen Krankheiten beim Menschen konnte nicht nachgewiesen werden“, behauptete die Firma in der Öffentlichkeit stets.

seine beiden Töchter cerebral gelähmt sind und deshalb mit Bewegungsstörungen und Muskelsteife zu kämpfen haben. Ein eigenes Kapitel ist Tran To Nga gewidmet. Sie kämpfte auf der Seite der vietnamesischen Befreiungskräfte und wurde während ihrer Arbeit als Journalistin Opfer eines Gifteinsatzes. Heute steht die Frau an der Spitze der Bewegung, die

Kluge Köpfe, starke Texte



© Ali Ghandi

»Gäbe es die »Blätter« nicht,
man müsste sie erfinden.
Gerade in diesen Zeiten.«

Meron Mendel



Hier bestellen

Jetzt kennenlernen: 3 Monate für nur 15 Euro!

O-Ton BAYER

„Wir wollen keine Angst-Kultur. Die Vorstellungen von Bill Anderson decken sich mit meinen eins zu eins (...) Deswegen finde ich die neue Vorgehensweise hervorragend – und ja, ich würde mir wünschen, dass die vielleicht sogar in Behörden mal Einzug erhält.“

BAYERs Aufsichtsratschef Norbert Winkeljohann in einem Handelsblatt-Interview zu dem Arbeitsplatzvernichtungsprogramm des Vorstandsvorsitzenden Bill Anderson.



Foto: Peter Jaeggi

Tran To Nga mit einem Bild ihrer Mutter, die sich schon gegen die französischen BesatzerInnen aufgelehnt hatte und ihr Kind zum Widerstand erzog

CBG bei der Arbeit

„Wir fahren zusammen“ – unter diesem Motto kooperierte FRIDAYS FOR FUTURE beim letzten Klimastreik mit Ver.di. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN beteiligte sich an den Protesten, denn die Industrie hat mit 20 Prozent einen nur um zwei Prozent geringeren Anteil an den Kohlendioxid-Emissionen als der Verkehrssektor. Und BAYER trägt dazu nicht eben wenig bei. Im Geschäftsjahr 2023 blies der Leverkusener Multi drei Millionen Tonnen CO₂ in die Luft.

in Frankreich für Gerechtigkeit und die juristische Anerkennung der Verbrechen der BAYER-Tochter MONSANTO und dreizehn weiterer Firmen kämpft. Am stärksten ist dieser Teil des Buches da, wo die heute 82-Jährige direkt zitiert wird: „Während des Prozesses sollte ich plötzlich den Vertrag vorweisen mit der Presseagentur, für die ich damals im Krieg arbeitete. Das ist absurd (...) Es wurde gesagt, wenn ich diesen Vertrag nicht vorweisen könne, müsse ich jede der angeklagten Firmen mit 200 Euro pro Tag entschädigen.“ Derlei Verteidigungsstrategien der AnwältInnen der Unternehmerseite prägen, so Jaeggi und Tran To Nga, das ganze Verfahren. Schuld

weist der Leverkusener Multi weit von sich. „Seit Jahren haben Gerichte in aller Welt festgestellt, dass Auftragnehmer in Kriegszeiten nicht für Schadensersatz-Ansprüche haften, die im Zusammenhang mit der Verwendung dieser Produkte durch die US-Regierung während des Krieges entstanden sind“, erklärte er. Darum lehnt der Konzern jegliche Verantwortung ab, „obwohl wir Frau Tran To Nga und allen, die während des Vietnam-Krieges gelitten haben, großes Mitgefühl entgegenbringen“, und hofft auf eine biologische Lösung. Unter Verweis auf ihre zum größten Teil durch Agent Orange ausgelösten Gesundheitsstörungen, kritisiert die franzö-



Kommunistische Arbeiterzeitung

Nr. 386

1,50 Euro

Februar 2024

Für Asylrecht - gegen Rechts!

außerdem u.a.:

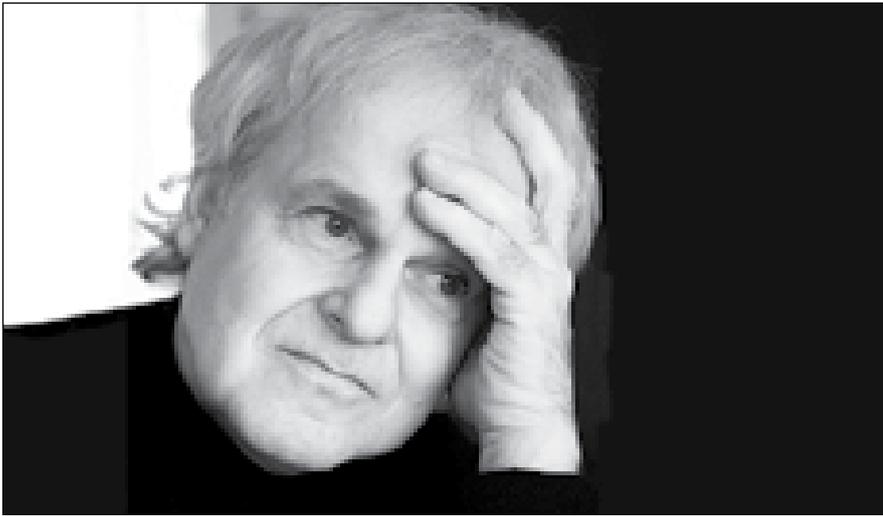
Die historische, aktuelle und perspektivische Rolle des deutschen Imperialismus

erscheint vierteljährlich
Einzelheft Euro 1,50
Jahresabo Euro 10,00
Tel/Fax: 0911-356913
gruppeKAZ@kaz-online.de
www.kaz-online.de

Redaktion der
Kommunistischen
Arbeiterzeitung

90122 Nürnberg
Postfach 21 04 46

Foto: Hugo Jaeggi



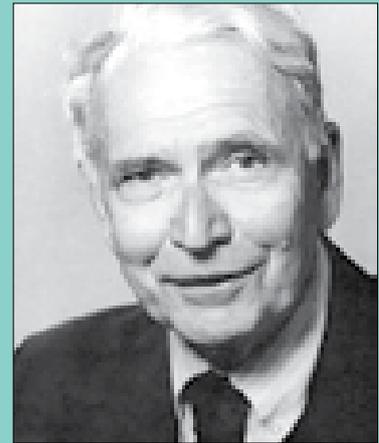
Peter Jaeggi

sisch-vietnamesische Aktivistin deshalb: „Sie wissen, dass ich diese Krankheiten habe, und hoffen, dass ich verschwinde, bevor der Prozess zu Ende ist.“ In diesem Jahr geht der Prozess gegen MONSANTO und 13 weitere mitverantwortliche Konzerne in die nächste Runde. Es bleibt zu hoffen, dass endlich Recht gesprochen wird. Doch von allein wird das nicht geschehen, dafür braucht es bis heute die Solidarität mit allen jenen, die von den Chemiewaffen direkt oder in-

direkt geschädigt wurden, dafür braucht es Öffentlichkeit, dafür braucht es aktive Menschen. Peter Jaeggi hat mit seinem umfassenden Buch „Krieg ohne Ende. Chemiewaffen im Vietnamkrieg.“ eine wichtige Quelle für die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN und alle anderen Gruppen vorgelegt, die Tran To Nga und die Millionen von Opfern von Kriegspolitik und Kriegsprofit in diesem Kampf unterstützen wollen. ←

Der Link zum Buch: www.agentorange-vietnam.org

Promis gegen Profit



„Es gibt zwei Kerne, die der Mensch niemals hätte berühren dürfen: den Atomkern und den Zellkern. Die Technologie der Gentechnik stellt eine größere Bedrohung für die Welt dar als das Aufkommen der Nukleartechnologie.“

Der Biochemiker Erwin Chargaff (1905-2002), der mit seinen Arbeiten wichtige Grundlagen zur Entschlüsselung der DNA schuf.

„Dass Du Dich wehren musst,
wenn Du nicht untergehen willst,
wirst Du doch einsehen!“

Bertolt Brecht



**Sagen,
was ist!**

unsere zeit



Jetzt
6 Wochen
kostenlos
probelesen!
Digital &
Print



abo.unsere-zeit.de | uzshop.de

NICHTSTUN?

NEIN DANKE.



UNSER WIDERSTAND BRAUCHT GELD.

JETZT SPENDEN! JETZT FÖRDERMITGLIED WERDEN.

IBAN: DE94 8309 4495 0003 1999 91 • WWW.CBGNETWORK.ORG/SPENDE

Die CBG erhält wegen ihrer konsequent konzernkritischen Arbeit keinerlei Förderung. Trotz ehrenamtlicher Arbeit kostet Widerstand Geld. Wir organisieren Widerstand gegen Konzernmacht. Am Beispiel des BAYER-Konzerns. Weltweit. Rund um die Uhr. Solidarprinzip statt Profitprinzip.

www.CBGnetwork.org

info@cbgnetwork.org

